

Bevölkerungsbefragung 2008



Herausgeber:

Wirtschaftsjunioren Deutschland
Breite Straße 29
10178 Berlin



Telefon: 030 / 203 08 15 15
Fax: 030 / 203 08 15 22
E-Mail: wjd@wjd.de
Internet: <http://www.wjd.de>

Bearbeitet von:

evalux – Agentur für Evaluation, Forschung und Beratung.



Verantwortlich: Björn M. Neuhaus und Katrin Lüth

Liebenwalder Straße 2
13347 Berlin

Telefon: 030 / 692 050 77-0
Fax: 030 / 692 050 77-9
E-Mail: info@evalux.net
Internet: <http://www.evalux.net>

Titelbild (Bildnachweis): Bilderbox

Inhaltsverzeichnis

1. Die Ergebnisse im Überblick	4
2. Eckdaten der Bevölkerungsbefragung	6
2.1. Vorgehensweise	6
2.2. Die Befragten	8
3. Einschätzung der wirtschaftlichen Situation Deutschlands	11
3.1. Konjunkturelle Entwicklung: Glaube an Wirtschaftsaufschwung schwindet	11
3.2. Deutschland gehört zu den Gewinnern der Globalisierung	13
3.3. Deutschlands härteste Wettbewerber kommen aus Asien	14
3.4. Leistung lohnt sich!	16
3.5. Deutsche Arbeitnehmer sind gut qualifiziert	17
3.6. Ausbildungsreife deutscher Absolventen nur durchschnittlich	17
3.7. Arbeitslosigkeit durch Bildung bekämpfen	18
4. Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Situation	20
4.1. Finanzen: Zahl der Pessimisten steigt	20
4.2. Kein kurzfristiger Konsum: Bürger investieren in Gesundheit und Wohnung	21
4.3. Vertrauen in Arbeitsplatzsicherheit steigt	22
4.4. Längere und unregelmäßige Arbeitszeiten akzeptabel	23
5. Selbstständigkeit bzw. Unternehmergeist	25
5.1. Einmal selbstständig, immer selbstständig!	25
5.2. Selbstständigkeit als Alternative zur Anstellung	26
6. Politik und Wirtschaft	28
6.1. Bundesregierung verliert an Zuspruch	28
6.2. Größere Einflussnahme der Politik auf die Wirtschaft	28
6.3. Zukünftige Schwerpunkte der Regierungsarbeit	30
6.4. Familien stärker fördern	31
7. Anhang: Fragebogen der Bevölkerungsbefragung 2008	33

1. Die Ergebnisse im Überblick

Glaube an weiteren Wirtschaftsaufschwung schwindet: Zwei Fünftel der deutschen Bevölkerung rechnen für die kommenden 12 Monate nicht mit einer konjunkturellen Veränderung. An einen Wirtschaftsaufschwung glauben zudem immer weniger Personen: In 2007 zeigten sich noch 65% optimistisch, in diesem Jahr sind es nur noch 26,9% der Befragten. Von einem Konjunkturrückgang gehen sogar 27,2% aus.

Aufschwung kommt nicht bei allen an: Die Deutschen, die eine Verschlechterung ihrer finanziellen Situation in den kommenden 12 Monaten erwarten, steigen auf 35,8% an. Rund 40% der Deutschen erwarten keine Veränderung, während 20,3% der Befragten optimistisch in die Zukunft sehen.

Keine stärkere Konsumorientierung: Bei dem überwiegenden Teil der Bevölkerung sind für die kommenden 12 Monate keine zusätzlichen Ausgaben geplant. Im Gegenteil: Weniger Geld steht voraussichtlich für Sparen (31,7%), kurzfristigen Konsum (29,9%) und Urlaub, Freizeit und Hobbys (29,6%) bereit. Auch für Gesundheit wird in den nächsten Monaten weniger Geld eingeplant, dennoch wollen 32% der Deutschen hierfür nach wie vor das meiste Geld ausgeben.

Deutschland gehört zu den Gewinnern der Globalisierung: In der Bevölkerung setzt sich weiter die Überzeugung durch, dass Deutschland zu den Gewinnern der Globalisierung gehört: 42% der Bürger teilen diese Ansicht, während „nur“ noch 38% das Land als Verlierer sehen.

Konkurrenz aus Asien: Nach Meinung von 79,2% Befragten kommen die härtesten Wettbewerber Deutschlands in Zukunft aus China. Weitere Konkurrenten der deutschen Wirtschaft werden aus anderen asiatischen Ländern (28,9%), den neuen EU-Ländern (26,9%) sowie aus Russland und den GUS-Staaten (22,2%) erwartet.

Deutsche Arbeitnehmer sind gut qualifiziert: Im internationalen Vergleich wird die Qualifikation der deutschen Arbeitnehmer von 50% der Bevölkerung als „gut“ eingestuft, 8,6% bezeichnen sie sogar als „sehr gut“. 27,5% der Bevölkerung schätzt die Arbeitnehmerqualifikation weiterhin als „befriedigend“ ein.

Arbeitslosigkeit durch Bildung bekämpfen: In der Verbesserung der Bildung (62,5%) sieht die deutsche Bevölkerung weiterhin die wichtigste Maßnahme zu einer effektiven Verringerung der Arbeitslosenzahlen. Auch die Senkung der Lohnnebenkosten (53,0%) und die Verpflichtung Arbeitsloser zur Gegenleistung (46,9%) halten die Deutschen für wirksam.

Vertrauen in Arbeitsplatzsicherheit steigt! Die Tendenz der vergangenen Jahre setzt sich weiter fort: Der eigene Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz wird von 82% der Bevölkerung als sicher empfunden. Ein sinkender Anteil von 18% befürchtet, dass der eigene Arbeitsplatz gefährdet ist.

Längere und unregelmäßige Arbeitszeiten sind akzeptabel: Die Bereitschaft, Zugeständnisse für den Erhalt der Arbeits- oder Ausbildungsstelle in Kauf zu nehmen, ist mit 79% weiterhin hoch. Insbesondere längere Arbeitszeiten (49,9%), längere Arbeitswege (43,1%) und unregelmäßige Arbeitszeiten (41,7%) würden akzeptiert. Lediglich 13,3% der Bürger billigen „überhaupt keine“ Einschränkungen.

Selbstständigkeit ist häufig eine Alternative zur Anstellung: Insgesamt ist Selbstständigkeit für viele Menschen eine Option. 54% der Bevölkerung geben an, schon mindestens einmal über eine Existenzgründung nachgedacht zu haben, während dies für 46% keine Überlegung wert ist. Ein zu hohes (persönliches) Risiko (28,5%) und fehlendes Startkapital (21,1%) sind häufige Hinderungsgründe.

Bundesregierung verliert an Zuspruch: Die Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit nimmt im Vergleich zum Vorjahr zu: Insgesamt 38,9% der Bevölkerung bewertet die bisher geleistete Arbeit der Großen Koalition mit „befriedigend“ (in 2007 noch 46%), zwei Fünftel der Befragten beurteilt die Regierungsarbeit sogar nur mit ausreichend, mangelhaft oder ungenügend.

Wieder stärkere Einflussnahme der Politik auf die Wirtschaft gefordert: Im Vergleich zum Vorjahr (52%) wünschen sich nur noch 48% der Bevölkerung eine geringere Einflussnahme der Politik. 34% der Befragten geben hingegen an, dass der politische Einfluss auf Wirtschaftsbelange stärker sein sollte (26% in 2007).

Familienpolitik: Nur ein Viertel der deutschen Bürger meint, dass Familien bereits ausreichend gefördert werden. Für 61,5% besteht hier noch Handlungsbedarf. Als geeignete Maßnahmen der Familienpolitik sehen die Bürger v.a. mehr Betreuungsmöglichkeiten (63,4%), zusätzliche Steuererleichterungen (58,8%) und flexiblere Arbeitszeiten (54,1%).

2. Eckdaten der Bevölkerungsbefragung

Seit vielen Jahren führen die Wirtschaftsjunioren Deutschland bundesweit eine der größten Straßenbefragungen in der Bundesrepublik durch. Im Rahmen der Bevölkerungsbefragung erheben die Junioren jährlich Meinungen, Stimmungen und Einschätzungen von Bürgern zu verschiedenen Wirtschaftsthemen wie u.a. der konjunkturellen Entwicklung Deutschlands, Globalisierung und Wettbewerb, Arbeitsmarkt, dem Konsumverhalten der Bevölkerung und Selbstständigkeit.

Die Bevölkerungsbefragung beleuchtet diese Themen in dem Spannungsfeld von Individuum, Gesellschaft und Politik. Durch diese besondere Perspektive ergänzt die Befragung der Wirtschaftsjunioren die Erhebungen der Markt- und Meinungsforschungsinstitute auf eine spannende Art und Weise.

In diesem Bericht werden die wichtigsten Ergebnisse präsentiert. Darüber hinaus wird auf der Internetseite <http://www.wjd.de> weiteres statistisches Datenmaterial zur Verfügung gestellt.

2.1. Vorgehensweise

Wie in den Vorjahren ist der Fragebogen so gestaltet worden, dass er sowohl als Leitfaden für persönliche Interviews als auch für Selbstausfüller geeignet ist. Der größte Teil der Daten ist von den Kreisverbänden der Wirtschaftsjunioren unter Passanten auf der Straße, häufig im Rahmen von Straßenfesten oder anderen lokalen Veranstaltungen, erhoben worden. Alternativ wurde das Erhebungsinstrument im Betrieb sowie im Kollegen- oder Bekanntenkreis mit der Bitte um Vervollständigung verschickt.

Die Bevölkerungsbefragung 2008 wurde in den ersten Maiwochen, insbesondere im Rahmen eines Aktionstages am 3. Mai 2008, durchgeführt. Insgesamt haben die Wirtschaftsjunioren in 62 der zu diesem Zeitpunkt bestehenden 214 Kreise 10.800 Personen befragt (siehe Tabelle 1).

Landesverband	befragte Personen / erhobene Fragebögen
Baden-Württemberg (9 Kreise)	1.658
Bayern (15 Kreise)	2.469
Berlin-Brandenburg (7 Kreise)	683
Hanseraum (5 Kreise)	955
Hessen (6 Kreise)	1.071
Nordrhein-Westfalen (12 Kreise)	2.595
Rheinland-Pfalz (4 Kreise)	305
Saarland (1 Kreis)	79
Sachsen	-
Sachsen-Anhalt (2 Kreise)	894
Thüringen (1 Kreis)	91
Befragte / Fragebögen insgesamt:	10.800

Tabelle 1: Übersicht über die Zahl der befragten Personen pro Landesverband.

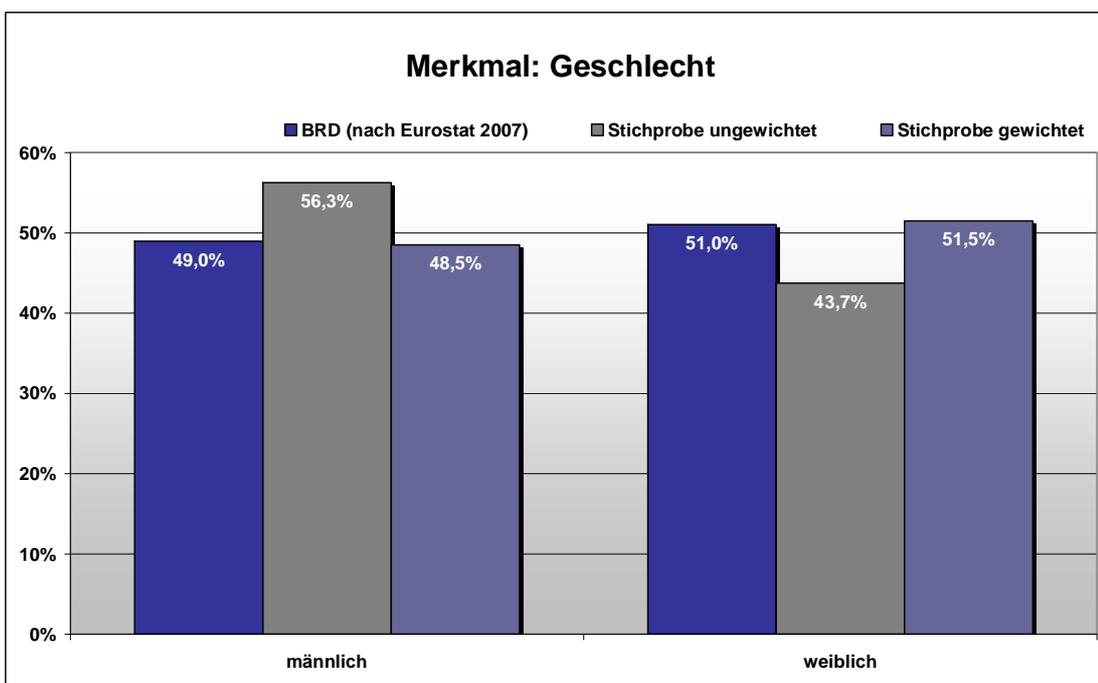
Wie aus der Übersicht hervorgeht, sind die Landesverbände Bayern mit 2.469 befragten Personen, Nordrhein-Westfalen (2.595 erhobene Fragebögen) und Baden-Württemberg (1.658 Personen) besonders stark repräsentiert. Diese Bundesländer zählen zwar zu den bevölkerungsreichsten Regionen Deutschlands, gemessen an ihrem prozentualen Anteil an der deutschen Gesamtbevölkerung sind diese Länder (v.a. der Freistaat Bayern) allerdings in der Stichprobe der Bevölkerungsbefragung überrepräsentiert. Andere Landesverbände, allen voran der Hanseraum, Thüringen und Rheinland-Pfalz, sind in der diesjährigen Bevölkerungsumfrage hingegen unterrepräsentiert. Im Landesverband Sachsen wurden keine Daten erhoben.

2.2. Die Befragten

Insgesamt nahmen genau 10.800 Personen an der Bevölkerungsbefragung 2008 teil. Verglichen mit der Bevölkerung Deutschlands ab 16 Jahren weist die Stichprobe teilweise Unverhältnisse auf: So sind beispielsweise männliche Berufstätige annähernd doppelt überrepräsentiert, während Rentnerinnen in der Stichprobe etwa fünffach unterrepräsentiert sind. Diesen und anderen Verzerrungen wurde durch eine Gewichtung der Stichprobe nach Geschlecht und Alter entgegen gewirkt, sodass für die folgenden Berechnungen in Hinblick auf diese beiden Parameter von einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe ab 16 Jahren gesprochen werden kann.

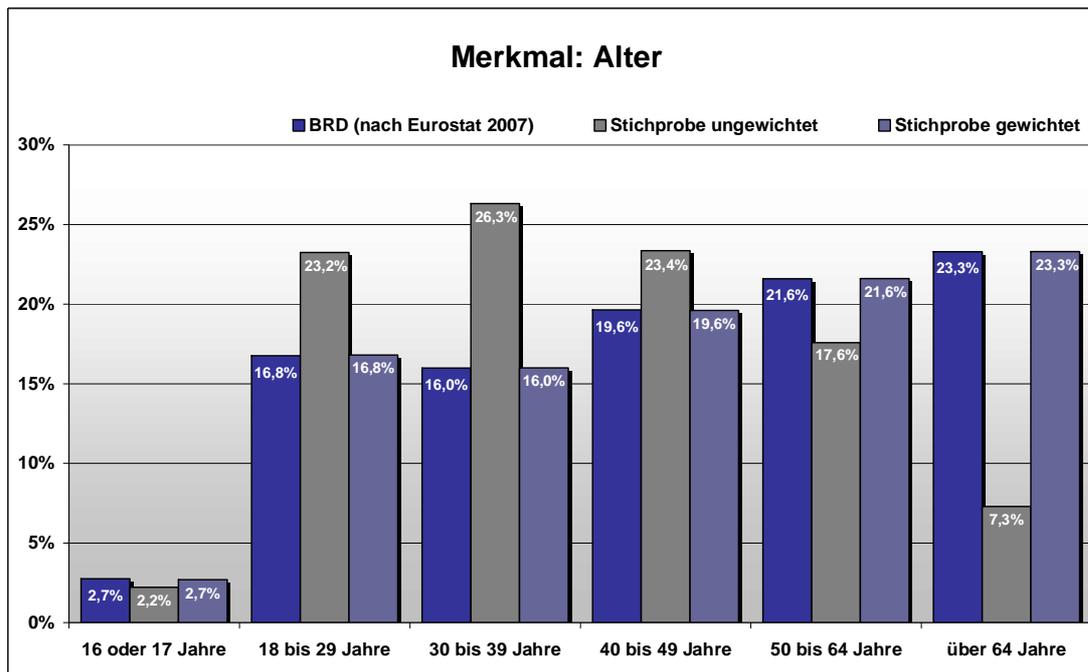
Die diesjährigen Teilnehmer an der Bevölkerungsbefragung setzen sich (ungeachtet) zu 43,7% aus Frauen und zu 56,3% aus Männern zusammen (Frage 24, siehe Fragebogen im Anhang). Dass Männer verglichen mit dem Geschlechterverhältnis in der deutschen Gesamtbevölkerung (51% zu 49%) in der Stichprobe deutlich überrepräsentiert sind, wurde durch die Gewichtung ausgeglichen (siehe Grafik 1).

Grafik 1:
Merkmal
Geschlecht der
Befragten
(gewichtet)



Alter

Die befragten Bürger verteilen sich übermäßig stark auf die Altersgruppen „18 bis 29 Jahre“, „30 bis 39 Jahre“ und „40 bis 49 Jahre“ (Frage 25). Ältere Generationen sind in der Stichprobe – verglichen mit der deutschen Gesamtbevölkerung ab 16 Jahren – unterrepräsentiert. Insbesondere die Gruppe der über 64-Jährigen ist nicht stark genug in der Stichprobe vertreten. Bei der Gewichtung der Daten wurde dies berücksichtigt.

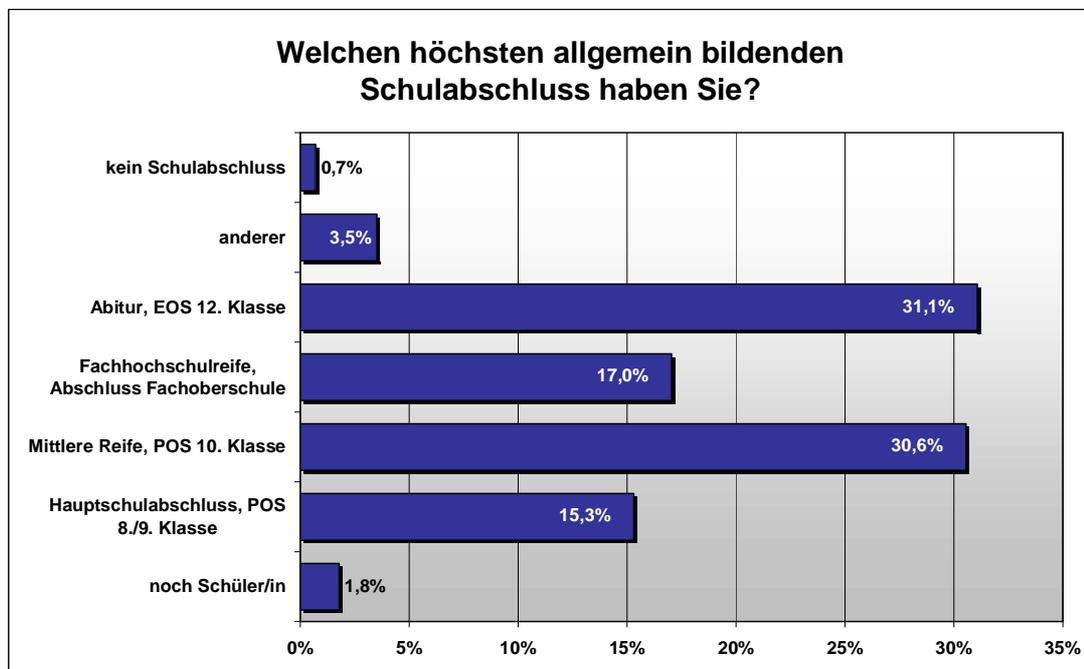


Grafik 2:
Merkmal
Alter der
Befragten
(gewichtet).
(Frage 24)

Schulabschluss

Als ihren höchsten allgemein bildenden Abschluss (Frage 26) geben 31,1% der gewichteten Stichprobe das Abitur und 17,0% die Fachhochschulreife bzw. einen Abschluss der Fachoberschule an. Weitere 30,6% der Befragten verfügen über die mittlere Reife, während 15,3% die Hauptschule beendet haben. Lediglich 2,5% verfügen nicht über einen Schulabschluss, 1,8% dieser Befragungsteilnehmer gehen noch zur Schule.

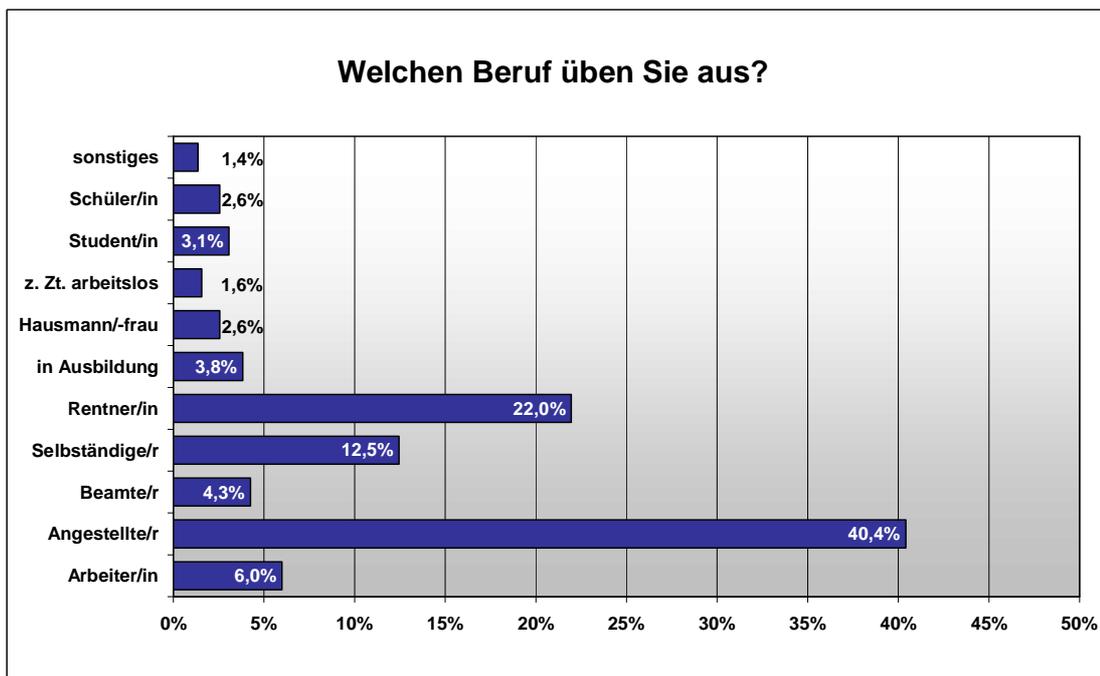
Grafik 3:
Teilnehmer
an der
Bevölkerungs-
befragung
nach Schul-
abschluss.
(Frage 26;
N= 10.262)



Beruf

Die größten Berufsgruppen (Frage 4) stellen Angestellte mit 40,4% und Rentner mit 22% der Befragten dar. Selbstständige bilden mit 12,5% die drittgrößte Gruppe unter den Teilnehmern. Zu der Stichprobe gehören ebenfalls 1,6% Arbeitslose.

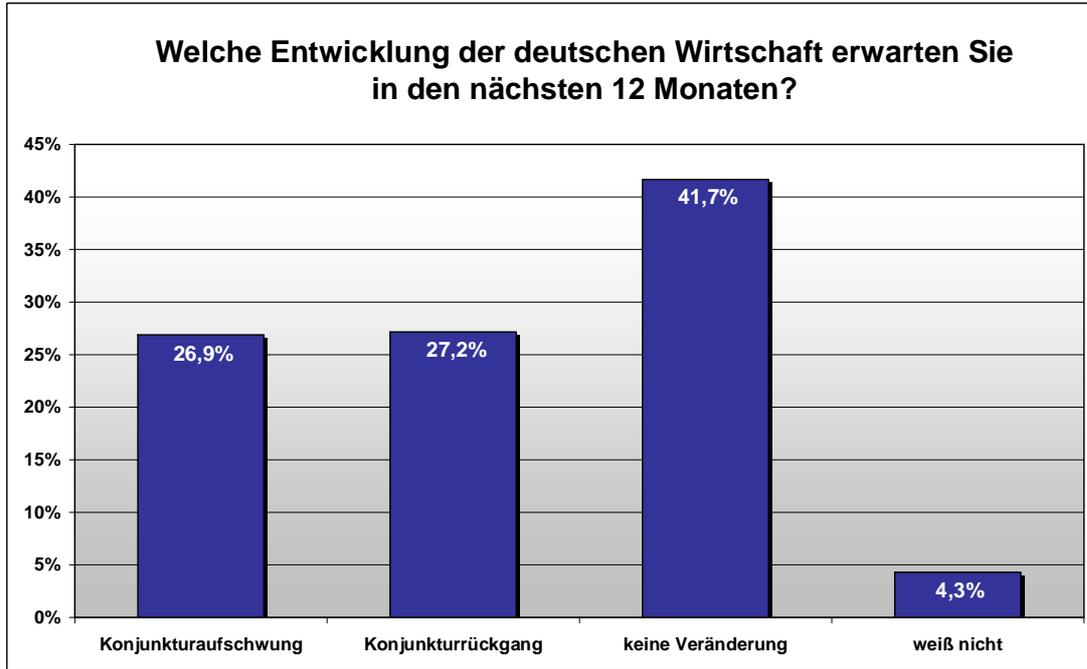
Grafik 4:
Aktueller
Beruf bzw.
Tätigkeit
der Befragten.
(Frage 4;
N=10.224)



3. Einschätzung der wirtschaftlichen Situation Deutschlands

3.1. Konjunkturelle Entwicklung: Glaube an Wirtschaftsaufschwung schwindet

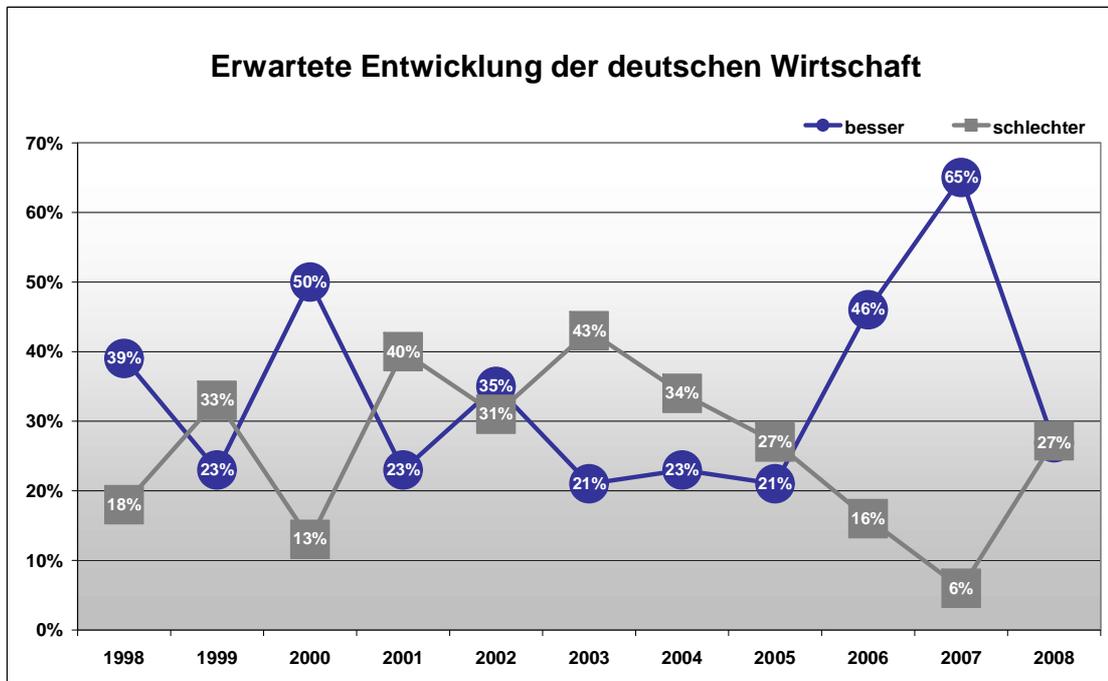
Nach einem Höhenflug im vergangenen Jahr zeigen sich die Deutschen in diesem Jahr weit weniger optimistisch. Während im vergangenen Jahr 65% der Befragten die Erwartung geäußert hatten, dass sich der Wirtschaftsaufschwung fortsetzt, sind es in diesem Jahr nur rund 26,9%. (Frage 1, siehe Fragebogen im Anhang).



Grafik 5:
Konjunkturelle
Erwartungen für
die kommenden
12 Monate.
(Frage 1;
N= 10.356)

41,7% der Befragten sind der Meinung, dass sich keine Veränderung einstellen wird. Inwieweit sich diese Gruppe eher aus Optimisten oder Pessimisten zusammensetzt, kann nicht gesagt werden. Allerdings gehen 27,2% der Befragten sogar davon aus, dass es in den kommenden Monaten zu einem Konjunkturrückgang kommen wird. Nach einer deutlichen Differenz zwischen „Wirtschaftsoptimisten“ und „Pessimisten“ im vergangenen Jahr sind die beiden Gruppen in 2008 damit etwa gleich stark.

Grafik 6:
Zeitreihe:
Konjunkturelle
Erwartungen
für die
kommenden
12 Monate
(Frage 1;
2008:
N=10.422)

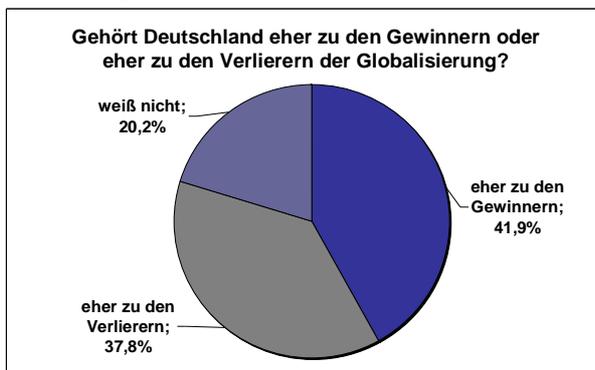


Das Antwortverhalten von Männern und Frauen unterscheidet sich hier erwartungsgemäß nicht. Auch bei der Aufschlüsselung der Ergebnisse nach dem höchsten allgemein bildenden Schulabschluss gibt es keine großen Überraschungen.

Allerdings lassen sich Unterschiede nach Berufsgruppen ausmachen. Selbstständige, Rentner, Auszubildende, Hausfrauen/-männer und insbesondere Studierende und Schüler erwarten eine deutlich positivere Entwicklung als Angestellte, Arbeiter, Beamte und Arbeitslose.

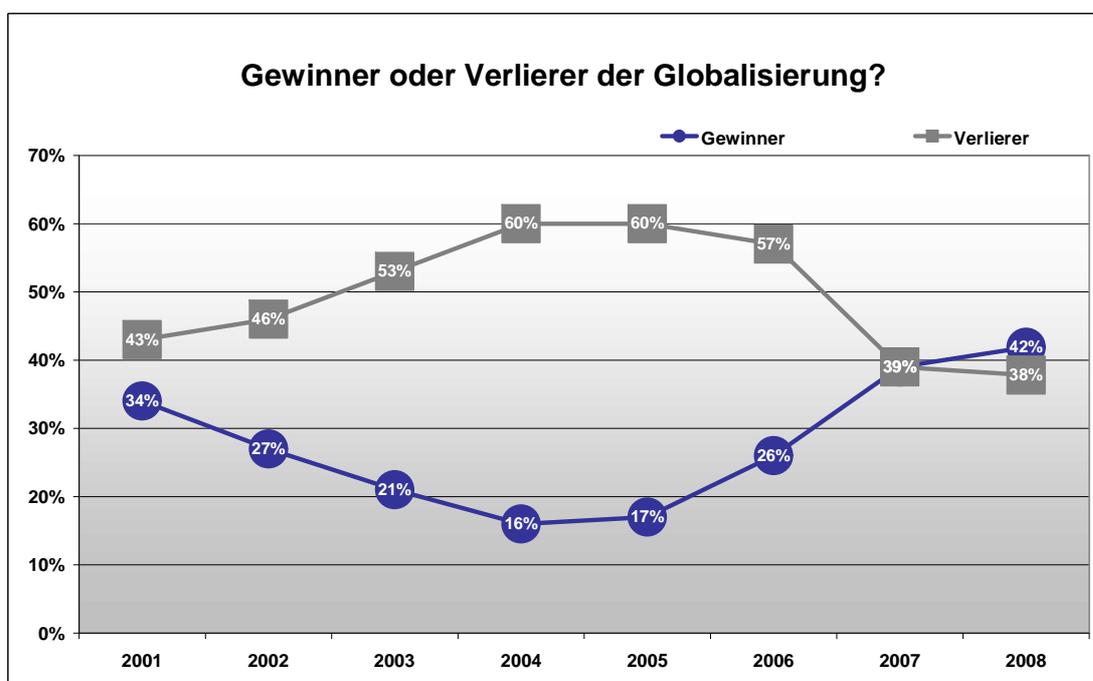
3.2. Deutschland gehört zu den Gewinnern der Globalisierung

In der Bevölkerung setzt sich weiter die Überzeugung durch, dass Deutschland zu den Gewinnern der Globalisierung gehört (Frage 11): Inzwischen teilen 41,9% der Bürger diese Ansicht, während es im Vorjahr noch 39% waren. „Nur“ noch 37,8% sehen das Land auf der Verliererseite, ein Fünftel der Befragten wagt hierüber kein Urteil.



Im Vergleich zu den Daten der letzten Jahre lässt sich erstmals eine Umkehr der Wahrnehmung feststellen: Bis 2006 überwogen diejenigen, die Deutschland auf der Verliererseite der Globalisierung wännen, deutlich. Damit setzt sich ein Trend fort, der 2005 begonnen hat.

Grafik 7: Globalisierungsgewinner oder -verlierer



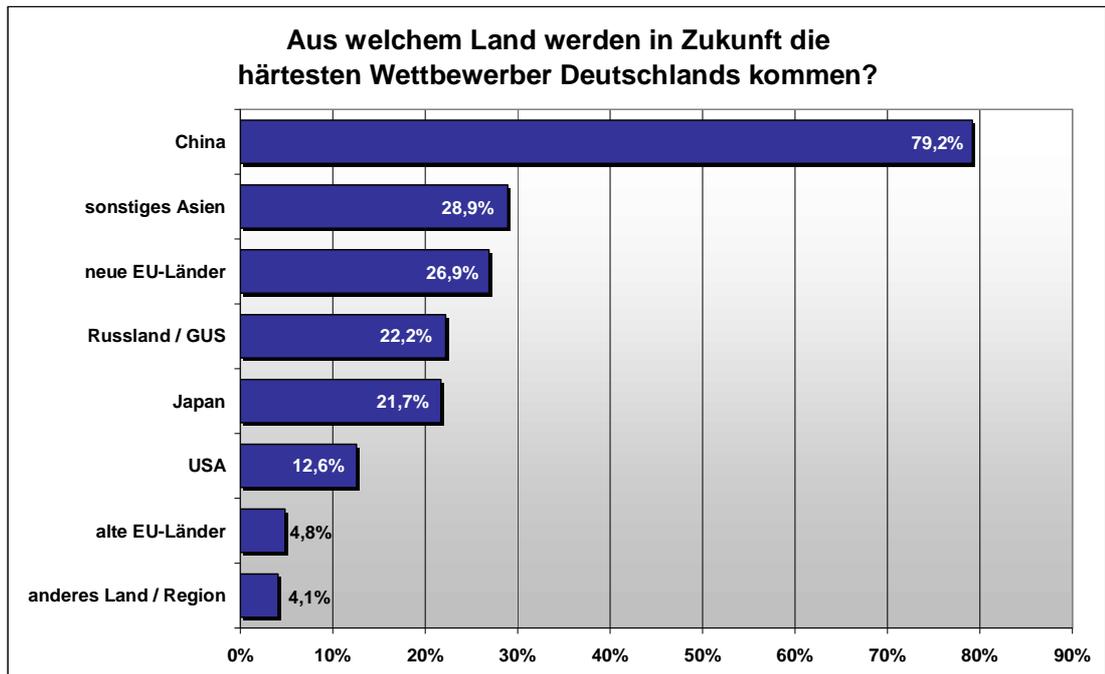
Grafik 8: Zeitreihe: Globalisierungsgewinner oder -verlierer (Frage 11; 2008: N=10.249).

Die Betrachtung des Antwortverhaltens auf diese Frage nach dem Geschlecht zeigt, dass weiterhin die Männer Deutschland (Gewinner: 49,8%, Verlierer: 36,1%) zu den Gewinnern zählen. Dieses Ergebnis ist sicherlich von dem hohen Anteil an Selbstständigen beeinflusst, was im Langzeitvergleich jedoch als konstante Variable angesehen werden kann. Bei den Frauen ist das Stimmungsbild relativ ausgeglichen (Gewinner 34,5%, Verlierer: 39,4%), wobei auffällig ist, dass deutlich mehr Frauen als Männer (26,1% der Frauen gegenüber 14,1 % der Männer) keine Einschätzung abgegeben haben.

3.3. Deutschlands härteste Wettbewerber kommen aus Asien

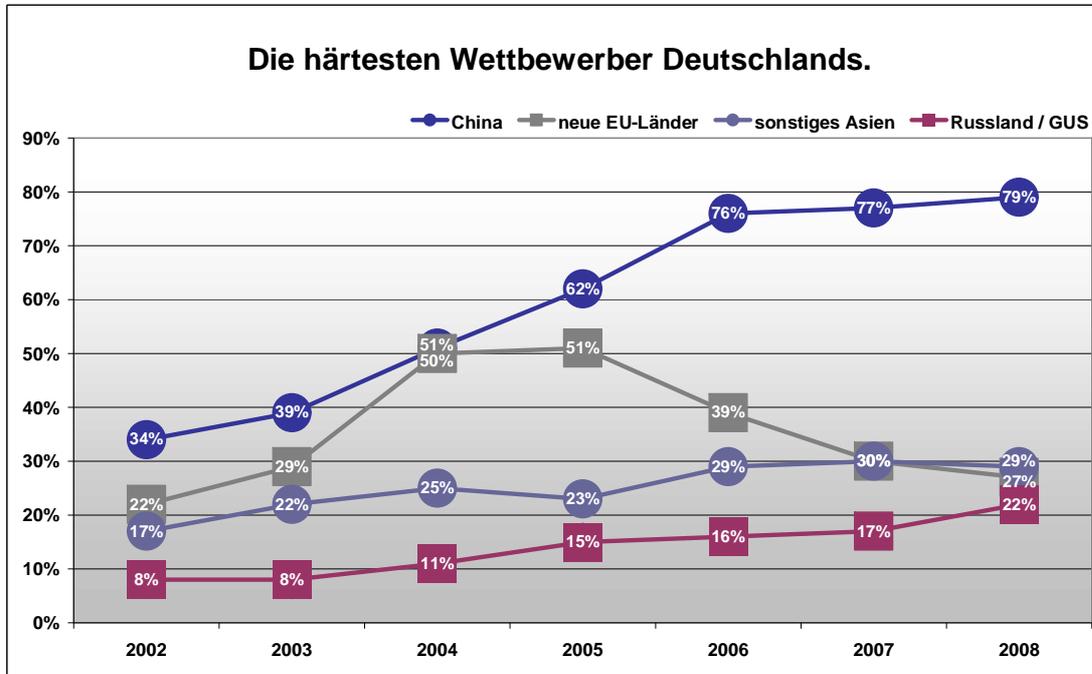
Die Einschätzung der Deutschen darüber, wo die stärksten Konkurrenten sitzen, verfestigt sich weiter: Nach Meinung von 79,2% der Befragten kommen die härtesten Wettbewerber Deutschlands (Frage 12, Mehrfachnennungen) aus China, das damit seinen Höhenflug weiter fortsetzt und den seit 2004 wachsenden Abstand zu anderen Ländern und Regionen weiter vergrößert.

Grafik 9:
Zukünftig
härteste
Wettbewerber
Deutschlands.
(Frage 12;
N= 10.648)



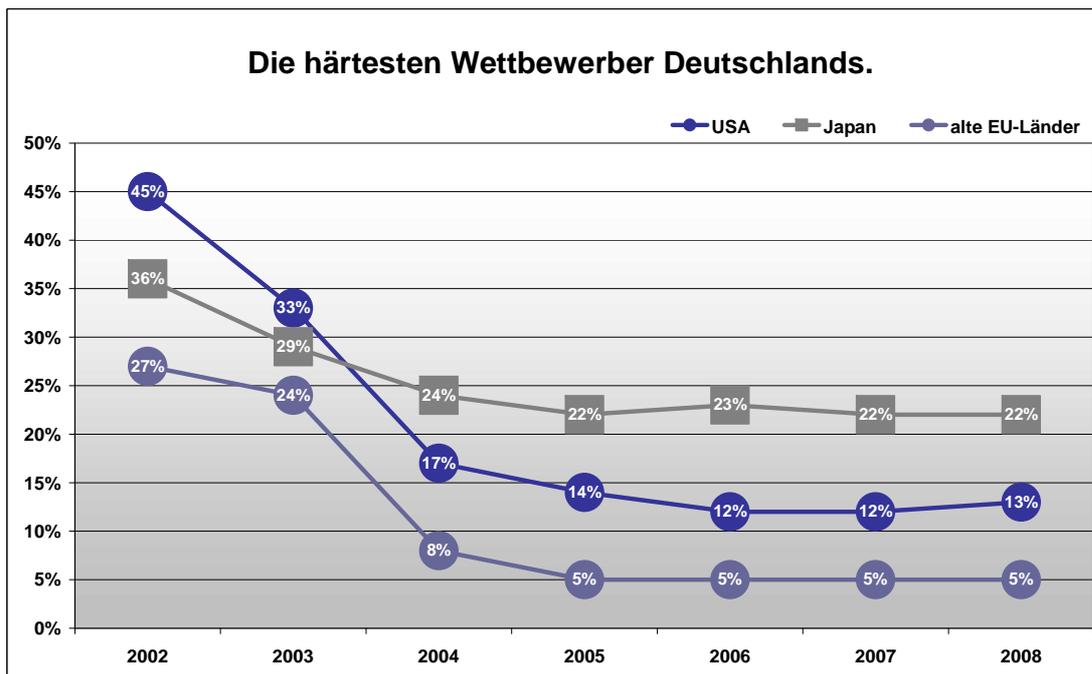
Darüber hinaus kommen die Wettbewerber Deutschlands in den Augen von 28,9% der Bevölkerung aus anderen asiatischen Ländern. Weitere 26,9% der Befragten sehen auch Unternehmen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten als Konkurrenten der deutschen Wirtschaft. Außerdem erwartet die Bevölkerung Konkurrenz aus Russland und den GUS-Staaten (22,2%) sowie aus Japan (21,7%).

Auffällig ist, dass sich gerade die Einschätzung gegenüber Russland und den GUS-Staaten zu ändern beginnt: Sie gehören neben China und anderen asiatischen Ländern zu der „Gewinnergruppe“. Nach nur leichten Steigerungen in den vergangenen Jahren haben Russland und die GUS-Staaten im Vergleich zu 2007 um 5 Prozentpunkte zugelegt.



Grafik 10:
Zeitreihe:
Deutschlands
härteste
Wettbewerber,
Teil 1 (Frage 12;
Mehrfach-
nennungen;
2008: N=10.648).

Der langfristige Trend (Grafik 10) zeigt auch, dass die Befürchtungen vor Wirtschaftskonkurrenten aus den neuen EU-Mitgliedstaaten nach deren Beitritt in 2004 kontinuierlich gesunken sind. Zu jenem Zeitpunkt nannte die Hälfte der Bevölkerung sowohl China als auch die EU-Neumitglieder als härteste Wettbewerber Deutschlands. Neben den neuen EU-Mitgliedern gingen auch die Nennungen der USA und Japans als Konkurrenten zurück, sodass diese Länder ebenfalls zu der „Verlierergruppe“ zählen.

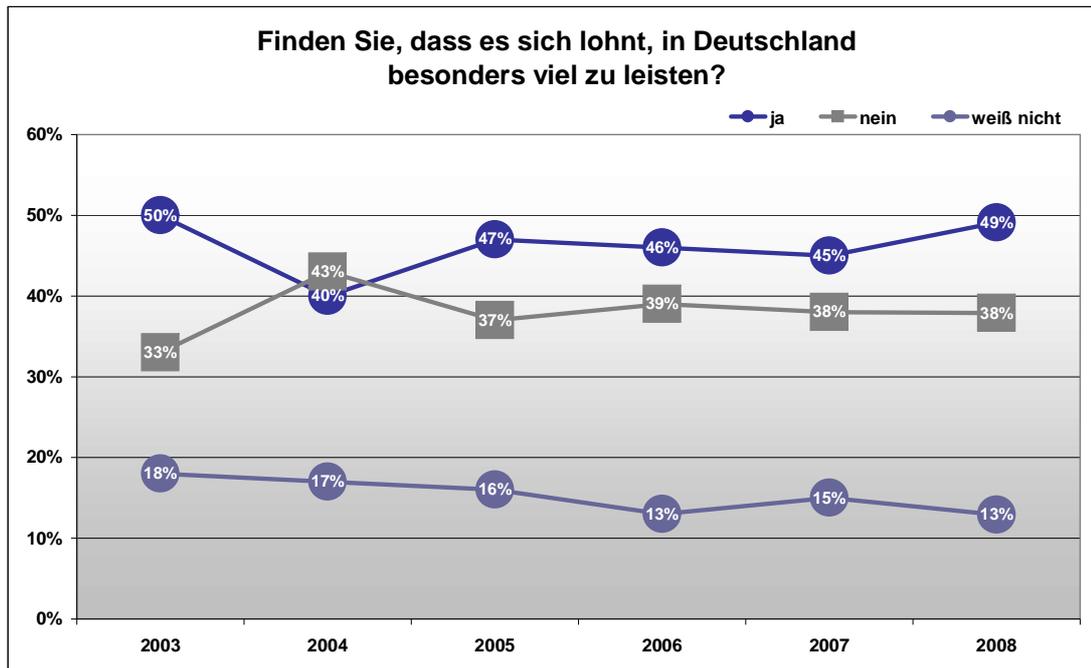


Grafik 10:
Zeitreihe:
Deutschlands
härteste
Wettbewerber,
Teil 2 (Frage 12;
Mehrfach-
nennungen;
2008: N=10.648).

3.4. Leistung lohnt sich!

Für die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland (49,1%) lohnt es sich, besonders viel zu leisten (Frage 13). Damit wird ein Spitzenwert erreicht, der so seit 2003 nicht mehr zustande gekommen ist. Die Gruppe derjenigen, für die es sich lohnt, in Deutschland besonders viel zu leisten, ist um 4,1 Prozentpunkte gestiegen. 37,9% der Befragten sehen dies jedoch nicht so und antworteten mit „nein“.

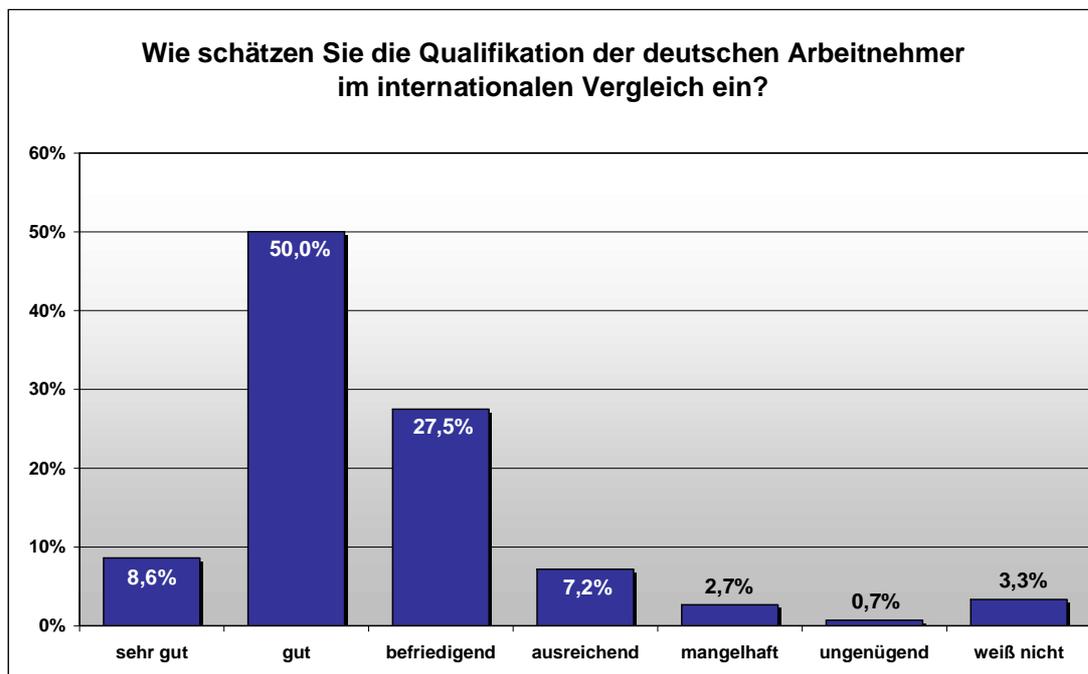
Grafik 12:
Zeitreihe
Leistung
lohenswert
(Frage 13;
2008:
N=10.268).



Erfreulich ist ferner, dass die Gruppe der Unentschlossenen über die Jahre geschrumpft ist: von annähernd einem Fünftel der Befragten in 2003 auf 13% in diesem Jahr.

3.5. Deutsche Arbeitnehmer sind gut qualifiziert

Im internationalen Vergleich wird die Qualifikation der deutschen Arbeitnehmer (Frage 15) von der Hälfte der Bevölkerung als „gut“ eingestuft, 8,6% bezeichnen sie sogar als „sehr gut“. Etwas mehr als ein Viertel der befragten Personen (27,5%) schätzt die Arbeitnehmerqualifikation eher als „befriedigend“ ein. Im Vergleich zum Vorjahr sind dabei kaum Veränderungen festzustellen. Die dazugehörigen Zeitreihen finden Sie im Internet unter <http://www.wjd.de>.



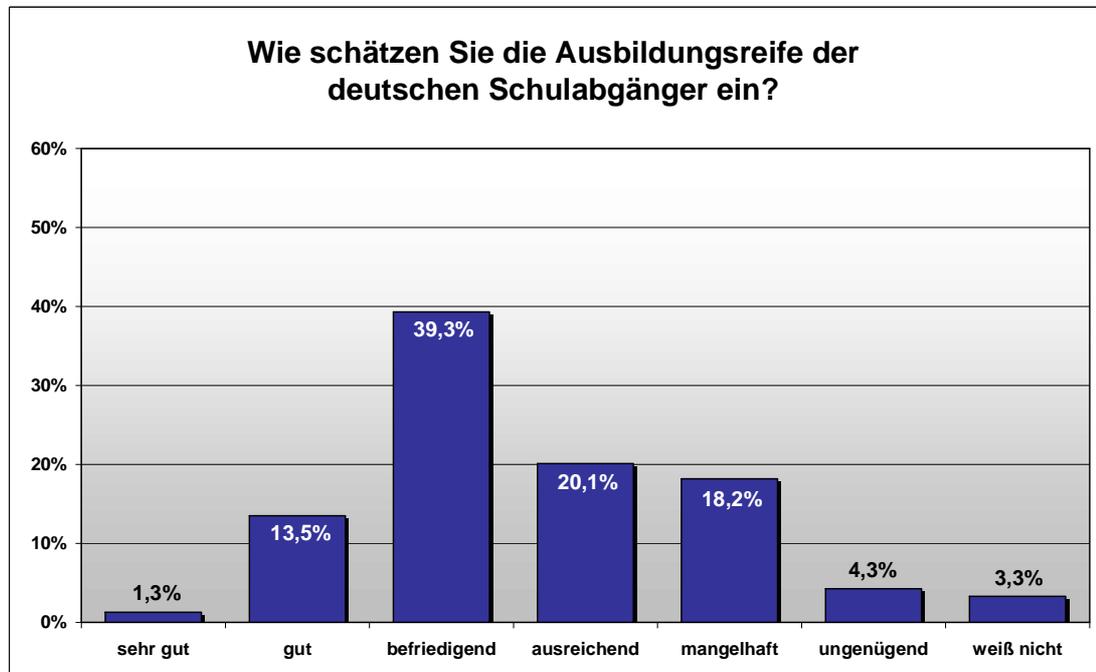
Grafik 13: Qualifikation deutscher Arbeitnehmer im internationalen Vergleich. (Frage 15; N= 10.360)

3.6. Ausbildungsreife deutscher Absolventen nur durchschnittlich

Die Ausbildungsreife der deutschen Schulabgänger (Frage 14) wird von den Befragten relativ differenziert gesehen. Nur knapp 15% der Bevölkerung geben den deutschen Schulabgängern sehr gute und gute Noten in Bezug auf ihre Ausbildungsfähigkeit. 39,3% der Befragten halten die Ausbildungsreife der Schulabgänger in Deutschland für „befriedigend“, ein weiteres Fünftel hält sie nur für „ausreichend“. Noch kritischer sind 18,2% der Teilnehmer an der Bevölkerungsbefragung 2008: Sie bedenken die deutschen Ausbildungsanwärter nur mit der Schulnote 5. Auch hier sind im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügige Veränderungen festzustellen.

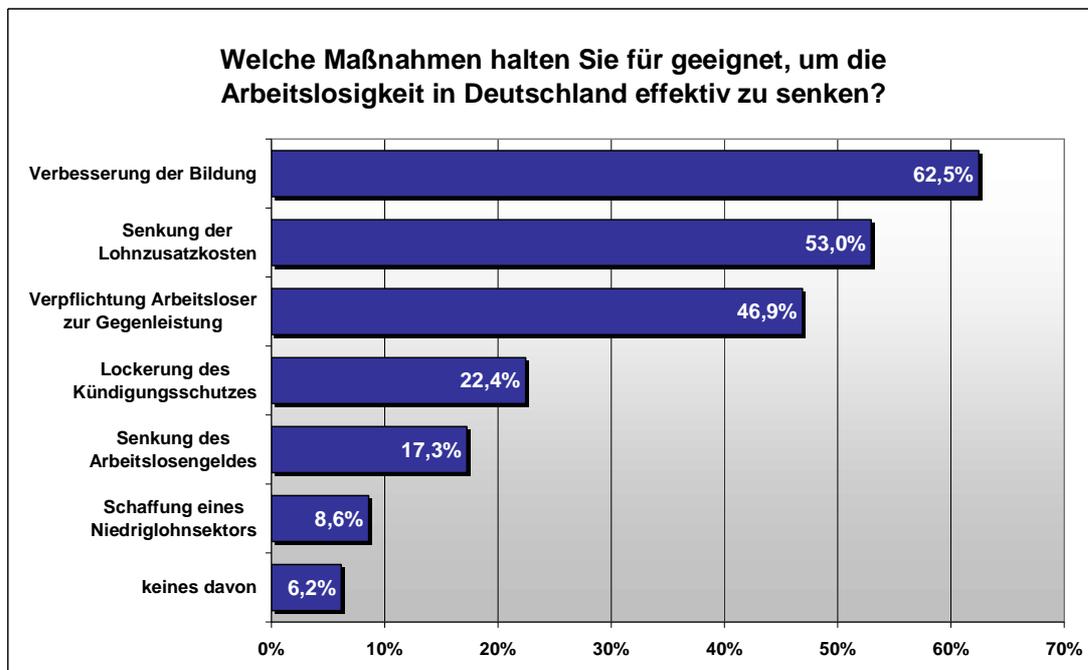
Insbesondere jüngere Befragte und Unternehmer beurteilen die Ausbildungsreife der deutschen Schulabgänger kritischer als der Rest der Bevölkerung. Ausführliches Datenmaterial hierzu finden Sie im Internet unter <http://www.wjd.de>.

Grafik 14:
Ausbildungs-
reife der
deutschen
Schulab-
gänger.
(Frage 14;
N= 10.313)



3.7. Arbeitslosigkeit durch Bildung bekämpfen

Als eine der wichtigsten Maßnahmen für eine effektive Senkung der Arbeitslosigkeit (Frage 10, Mehrfachnennungen) erachtet die deutsche Bevölkerung die Verbesserung der Bildung (62,5%). Im Vergleich mit den Vorjahren festigt sich diese Überzeugung und drückt sich in einem leichten Anstieg der Nennungen mit 57% im Jahr 2006 und 61% in 2007 aus.



Grafik 15:
Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. (Mehrfachnennungen; 2008: N=10.596).

Als Maßnahmen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik werden insbesondere die Senkung der Lohnnebenkosten (53,0%) und die Lockerung des Kündigungsschutzes (22,4%) genannt. Auch wurde die Verpflichtung Arbeitsloser zur Gegenleistung (46,9%) als effektiver Ansatz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Deutschland genannt. An fünfter Stelle geeigneter Maßnahmen rangiert die Absenkung des Arbeitslosengeldes, wie es ein Fünftel der Befragten vorschlägt. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren haben sich jedoch keine nennenswerten Veränderungen ergeben.

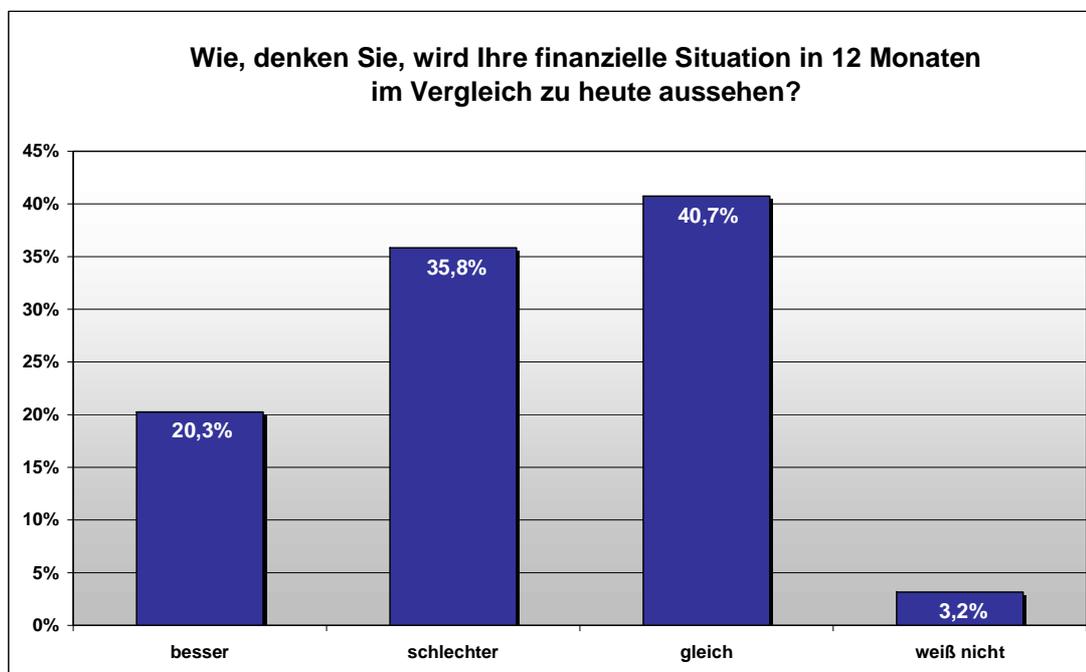
Mit Ausnahme der Verbesserung der Bildung lässt sich feststellen, dass alle Maßnahmen seltener genannt worden sind als im vergangenen Jahr. Dahinter könnte eine veränderte Wahrnehmung in der Bevölkerung stehen: Durch den Rückgang der Arbeitslosigkeit könnte der Eindruck entstanden sein, dass in diesem Bereich weniger Handlungsbedarf besteht.

4. Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Situation

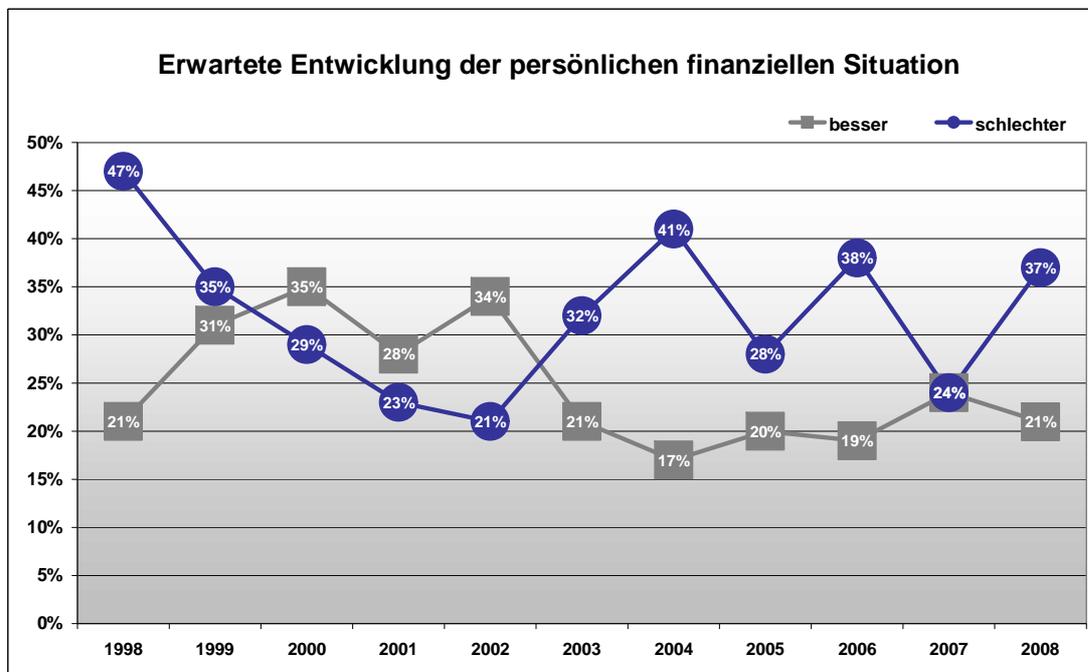
4.1. Finanzen: Zahl der Pessimisten steigt

Die subjektive Einschätzung der deutschen Konjunktur durch die Befragten (Frage 1, siehe Abschnitt 2.1) gab bereits einen Vorgeschmack auf die Erwartungen für die individuelle wirtschaftliche Situation in den kommenden 12 Monaten (Frage 2). Auch hier antworteten rund 40%, dass ihre private finanzielle Lage in den kommenden 12 Monaten keiner Veränderung unterworfen sein wird. Etwas über ein Drittel der Bevölkerung (35,8%) geht allerdings davon aus, dass eher eine Verschlechterung eintritt, während hingegen 20,3% der Befragten optimistisch in die Zukunft sehen und erwarten, dass sich ihre finanzielle Situation in den nächsten Monaten verbessern wird.

Grafik 16:
Finanzielle
Situation der
Befragten.
(Frage 2,
N= 10.422)



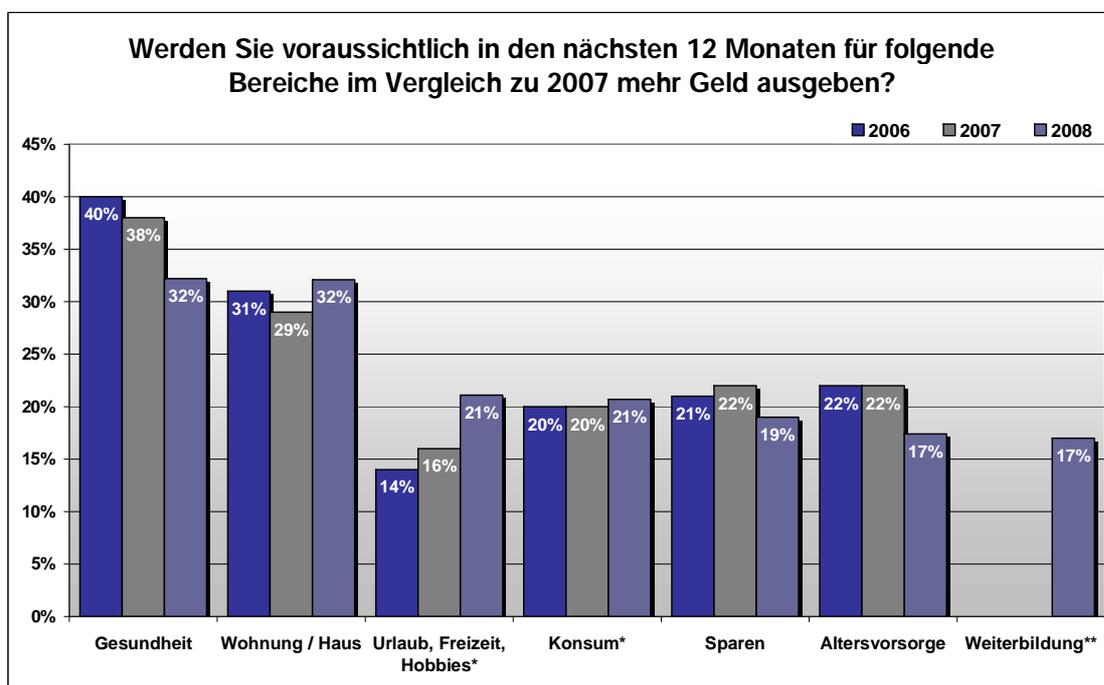
Somit lässt sich festhalten, dass der wirtschaftliche Aufschwung nicht bei allen Teilen der Bevölkerung in Deutschland spürbar „angekommen“ ist. Zwar hielten sich noch im vergangenen Jahr die Gruppen der „Optimisten“ und „Pessimisten“ hinsichtlich ihrer finanziellen Situation mit jeweils 24% der Befragten die Waage (vgl. Grafik 18). Die Zahl derjenigen, die eine Verschlechterung erwarten, steigt allerdings nach einem Auf und Ab in den vergangenen Jahren wieder an. Auch war die Zahl derjenigen, die keine Veränderung in den kommenden 12 Monaten erwarteten, mit 52% der Bevölkerung im Jahr 2007 deutlich höher.



Grafik 17: Zeitreihe, erwartete finanzielle Situation der Befragten (Frage 2; 2008: N=10.422)

4.2. Kein kurzfristiger Konsum: Bürger investieren in Gesundheit und Wohnung

Über diese zusammenfassende Einschätzung hinaus wurden die Teilnehmer der Bevölkerungsbefragung auch danach gefragt, für welche Bereiche sie in den nächsten 12 Monaten mehr, weniger oder ungefähr gleich viel Geld ausgeben werden (Frage 3). Eine deutlich stärkere Konsumorientierung ist danach auch im kommenden Jahr nicht zu erwarten. Bei dem überwiegenden Teil der Bevölkerung sind in keinem der genannten Bereiche Veränderungen in den Ausgaben geplant. Insbesondere für die Altersvorsorge (59,2%) und für Weiterbildung (55,1%) wird zukünftig gleich viel Geld ausgeben.



Grafik 18: Geplante Ausgaben in den kommenden 12 Monaten. (Frage 3; 2008: N= 9.889 bis 10.287)

Interessant ist, dass die Zahl derjenigen, die mehr in die Gesundheit investieren wollen, kontinuierlich zurückgeht: Von 40 % im Jahr 2006 auf 38% im Jahr 2007 und 32% im Jahr 2008. Trotzdem bleibt Gesundheit der Posten, für den im Vergleich immer noch die meisten Menschen mehr Geld einplanen.

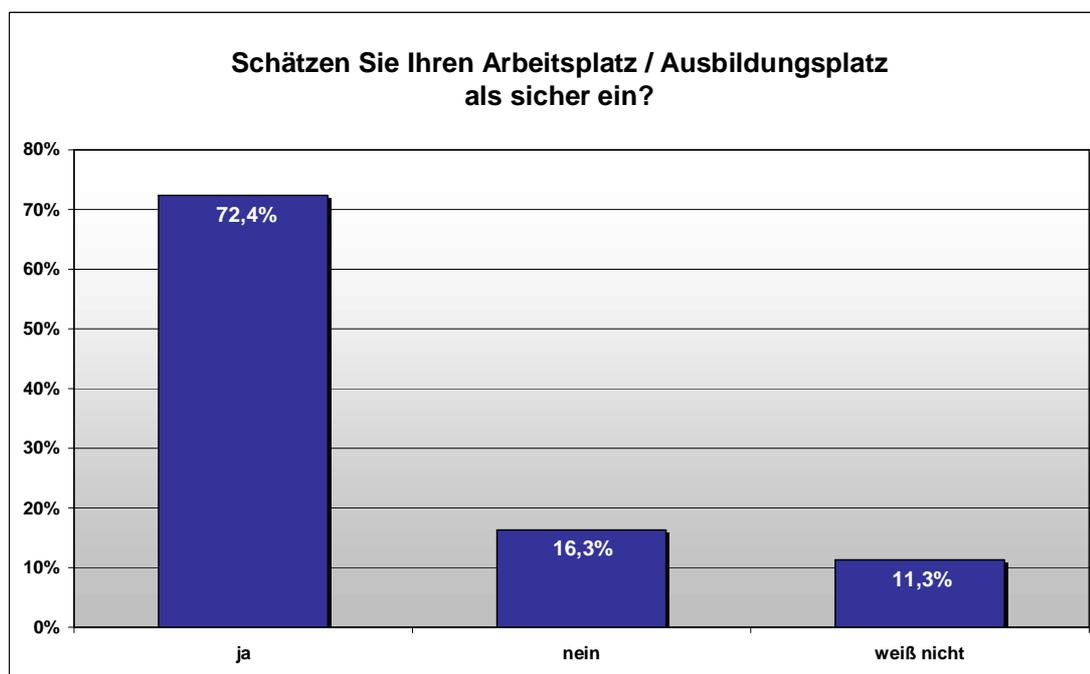
Nahezu ebenso viele Befragte wollen in den kommenden 12 Monaten mehr Geld für ihre Wohnung oder ihr Haus ausgeben, wobei sich hier im Vergleich zum Vorjahr wieder eine leichte Steigerung von knapp drei Prozentpunkten ergeben hat. Ob die Befragten damit auf die steigenden Energiekosten reagieren, kann nicht beantwortet werden.

Weniger Geld im Vergleich zu 2007 wird für die Bereiche Sparen (31,7%), kurzfristiger Konsum (29,9%) und Urlaub, Freizeit und Hobbys (29,6%) eingeplant. Ausführliches Datenmaterial hierzu finden Sie im Internet unter <http://www.wjd.de>.

4.3. Vertrauen in Arbeitsplatzsicherheit steigt

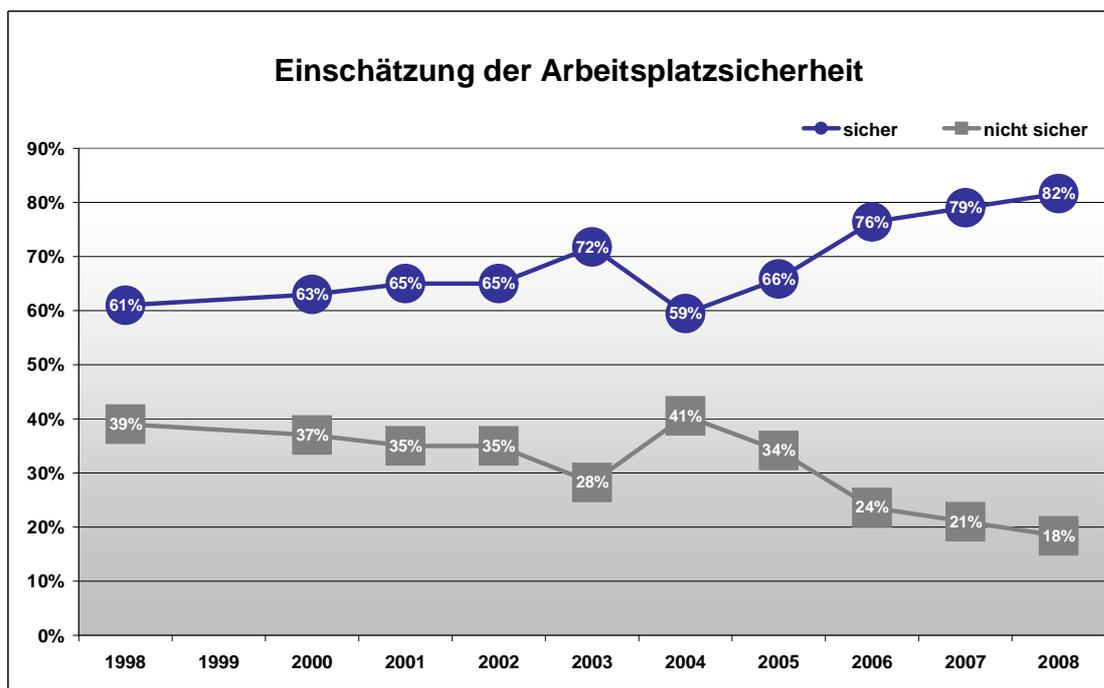
Die Arbeiter, Arbeitnehmer, Beamten und in Ausbildung befindlichen Befragten wurden gebeten einzuschätzen, wie sicher ihr Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz ist (Frage 5). Die positive Tendenz der vergangenen Jahre setzt sich weiter fort: 72,4% der Bevölkerung empfinden den eigenen Arbeitsplatz als gesichert und sehen sich nicht durch Umstrukturierungsmaßnahmen oder Kündigung bedroht. Ein sinkender Anteil von 16,3% befürchtet allerdings, dass dies der Fall ist; weitere 11,3% können dies zum Zeitpunkt der Befragung nicht einschätzen.

Grafik 19:
Sicherheit des
Arbeitsplatzes.
(Frage 5; nur
Erwerbstätige;
N=5.706)



Insgesamt zeugen diese Ergebnisse von einer konstant und langfristig guten Stimmung unter den Beschäftigten. Der leichte Rückgang im Jahr 2004 lässt sich möglicherweise mit dem erwarteten Beitritt der neuen EU-Mitgliedstaaten erklären.

In Grafik 20 wurden nur die beiden Antwortoptionen „Ja.“ und „Nein.“ berücksichtigt, um den Vergleich mit den Vorjahren sicherstellen zu können. Dadurch ergeben sich leicht veränderte (höhere) Werte. Nun wird jedoch deutlich, dass sich der langfristige Trend fortsetzt, dass Arbeits- und Ausbildungsplätze als zunehmend sicher eingeschätzt werden.

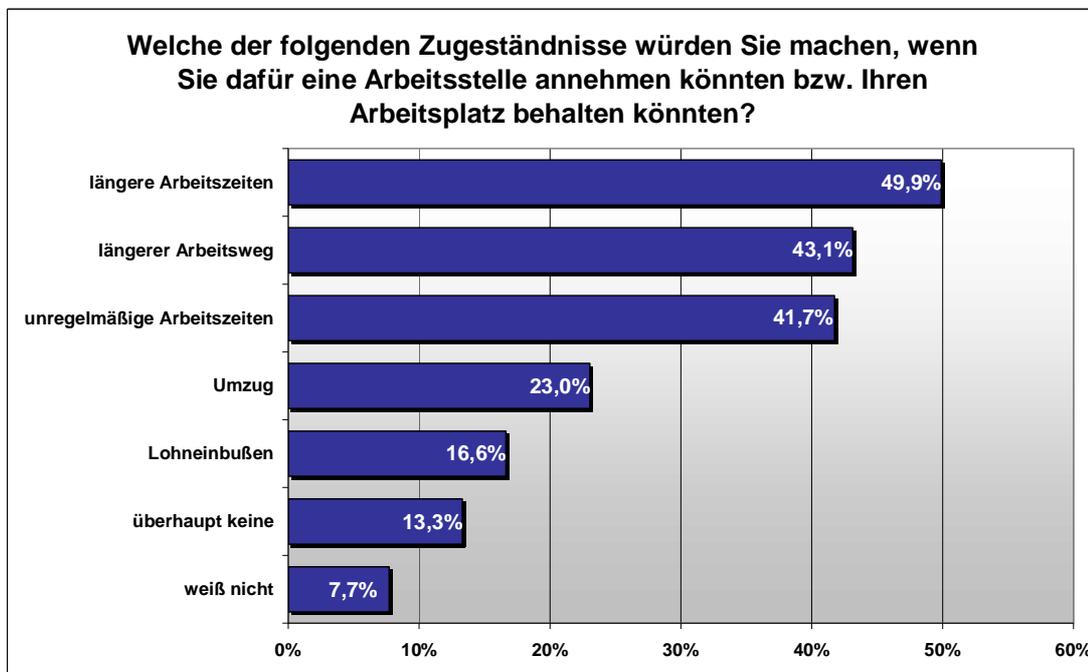


Grafik 20:
Zeitreihe
Sicherheit des
Arbeitsplatzes
(Frage 5, nur
Erwerbstätige
ohne Antwort
„weiß nicht“,
2008: N= 5.060)

4.4. Längere und unregelmäßige Arbeitszeiten akzeptabel

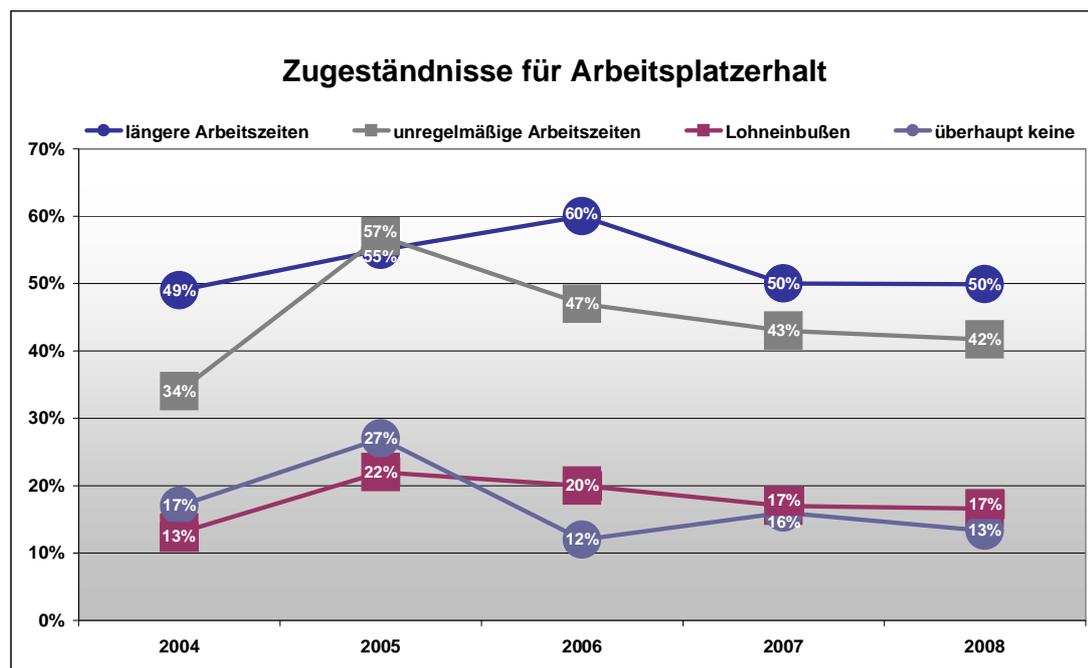
Die Bereitschaft, Zugeständnisse für den Erhalt der Arbeits- oder Ausbildungsstelle in Kauf zu nehmen, ist weiterhin hoch und nimmt im Vergleich zum Vorjahr sogar leicht zu (Frage 6): Insgesamt 79% der Bevölkerung sind zu Zugeständnissen generell bereit. Lediglich 13,3% der Befragten würden „überhaupt keine“ Einschränkungen in punkto Lohn, Arbeitszeit oder Entfernung zum Arbeitsplatz hinnehmen, um ihr Beschäftigungsverhältnis zu sichern. Im Vorjahr betrug dieser Wert 16%.

Grafik 21:
Zugeständnisse
zur Sicherung
des Arbeits-
platzes.
(Frage 6;
N= 8.172)



Insbesondere längere Arbeitszeiten (49,9%) oder längere Arbeitswege (43,1%) würden akzeptiert, um das Arbeitsverhältnis zu erhalten. Auch unregelmäßige Arbeitszeiten würden von 41,7% der Befragten in Kauf genommen. Etwa ein Viertel der Bevölkerung zeigt sich auch mit einem Umzug einverstanden, wenn im Gegenzug dafür der Arbeitsplatz gesichert ist. 16,6% der Befragten sind sogar bereit, Lohneinbußen hinzunehmen. Damit zeigen sich die Befragten insgesamt relativ flexibel.

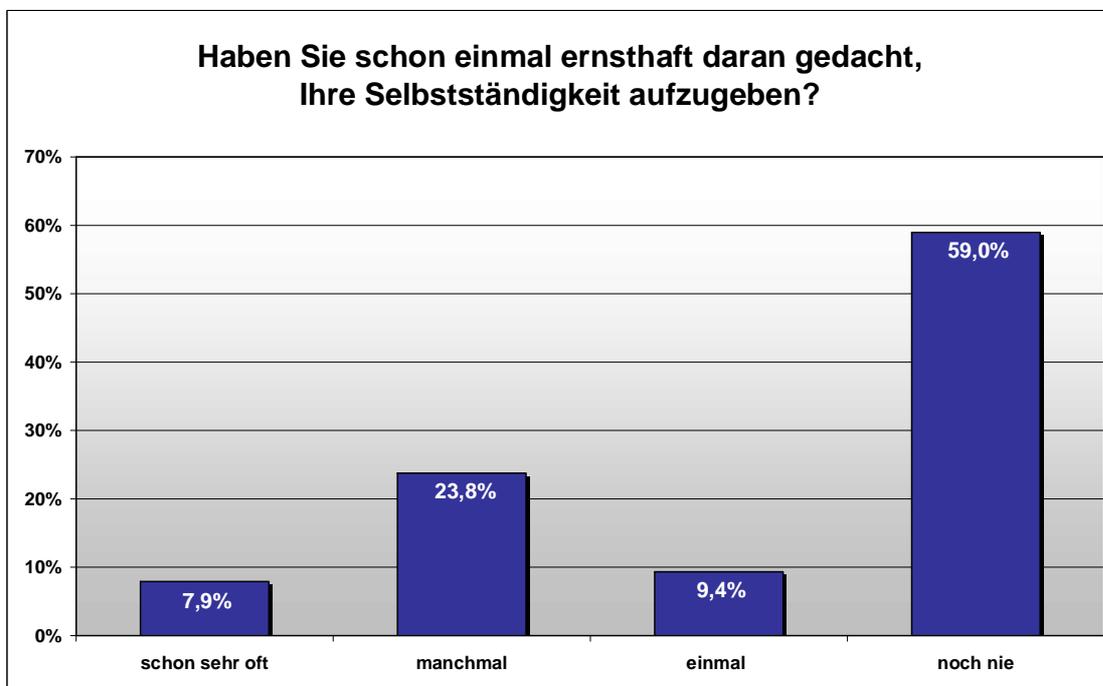
Grafik 22:
Zeitreihe
Zugeständnisse
zur Sicherung
des Arbeits-
platzes
(Frage 6;
2008: N= 8.172)



5. Selbstständigkeit bzw. Unternehmergeist

5.1. Einmal selbstständig, immer selbstständig!

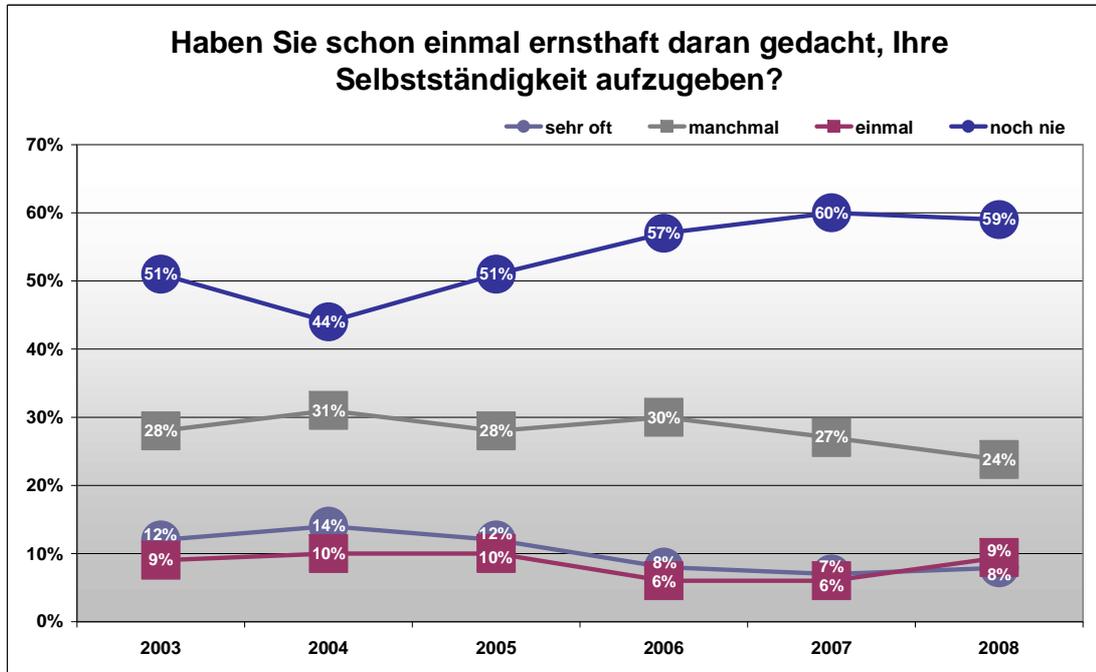
Insgesamt 12,5% der Befragten gaben – nach ihrem Beruf gefragt (Frage 4) – an, selbstständig zu sein. Und wer den Schritt in die Selbstständigkeit gewagt hat, gibt seine berufliche Freiheit und Eigenständigkeit auch selten (freiwillig) wieder auf. 59% der Selbstständigen geben an, „noch nie“ über die Aufgabe der Selbstständigkeit nachgedacht zu haben (Frage 9). Weitere 9,4% der Selbstständigen gaben an, bereits „einmal“ mit dem Gedanken gespielt zu haben. Aber auch die 23,8% der Selbstständigen, die manchmal über eine Aufgabe der beruflichen Eigenständigkeit nachdachten, haben dies offenbar nicht in die Tat umgesetzt.



Grafik 23:
Überlegungen
zur Aufgabe
der Selbst-
ständigkeit.
(Frage 9;
N= 1.818)

Damit bleiben die Selbstständigen, die ihre Entscheidung für eine berufliche Eigenverantwortlichkeit noch nie in Frage gestellt haben, weiterhin auf dem hohen Niveau der beiden Vorjahre (siehe Grafik 24). Auch die anderen Antwortgruppen blieben im Vergleich mit den vergangenen fünf Jahren relativ stabil.

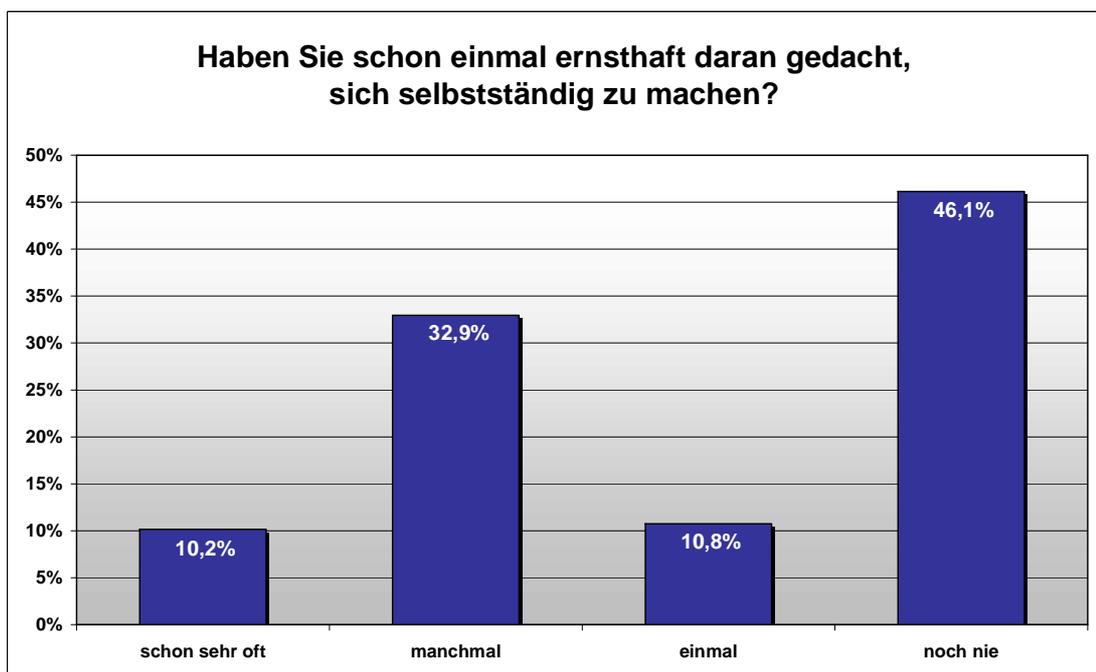
Grafik 24:
Zeitreihe
Überlegungen
zur Aufgabe
der Selbst-
ständigkeit
(Frage nur
Selbstständige,
2008: N= 1.818)



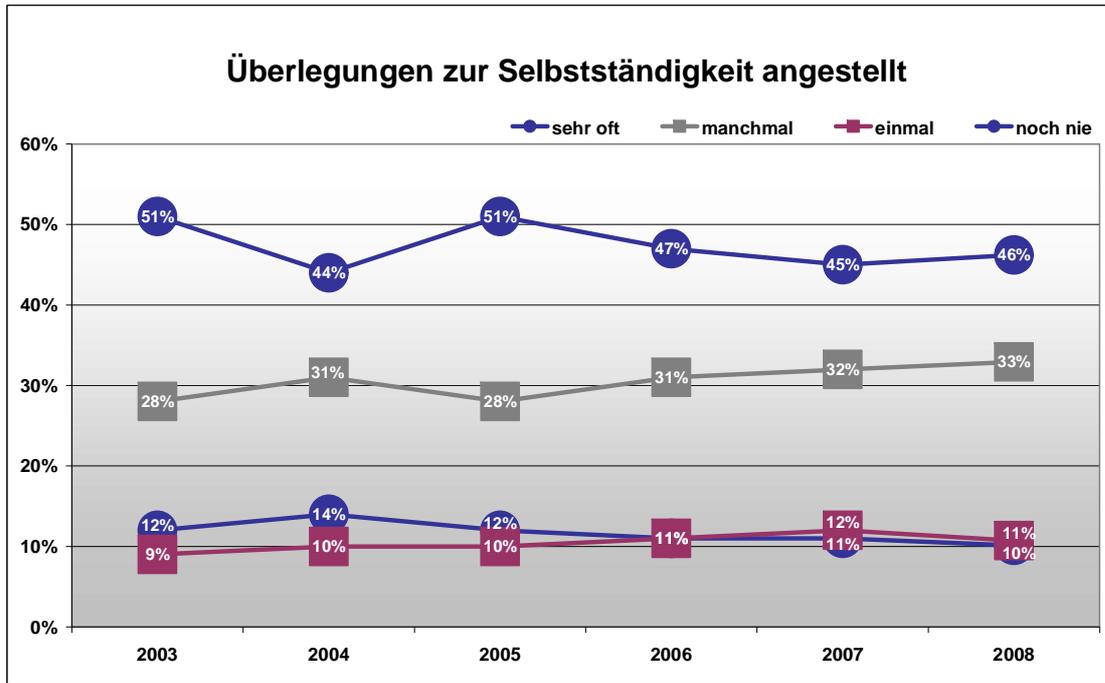
5.2. Selbstständigkeit als Alternative zur Anstellung

Insgesamt ist eine berufliche Selbstständigkeit für viele Menschen eine Option. Aus den befragten „Berufsgruppen“ (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Auszubildende, Hausmänner und -frauen sowie Student/innen und Schüler/innen; Frage 4) geben 54% der Bevölkerung an, „schon sehr oft“, „manchmal“ oder zumindest „einmal“ darüber nachgedacht zu haben (Frage 7).

Grafik 25:
Überlegungen
zur Selbst-
ständigkeit.
(Frage 7;
N= 6.547)

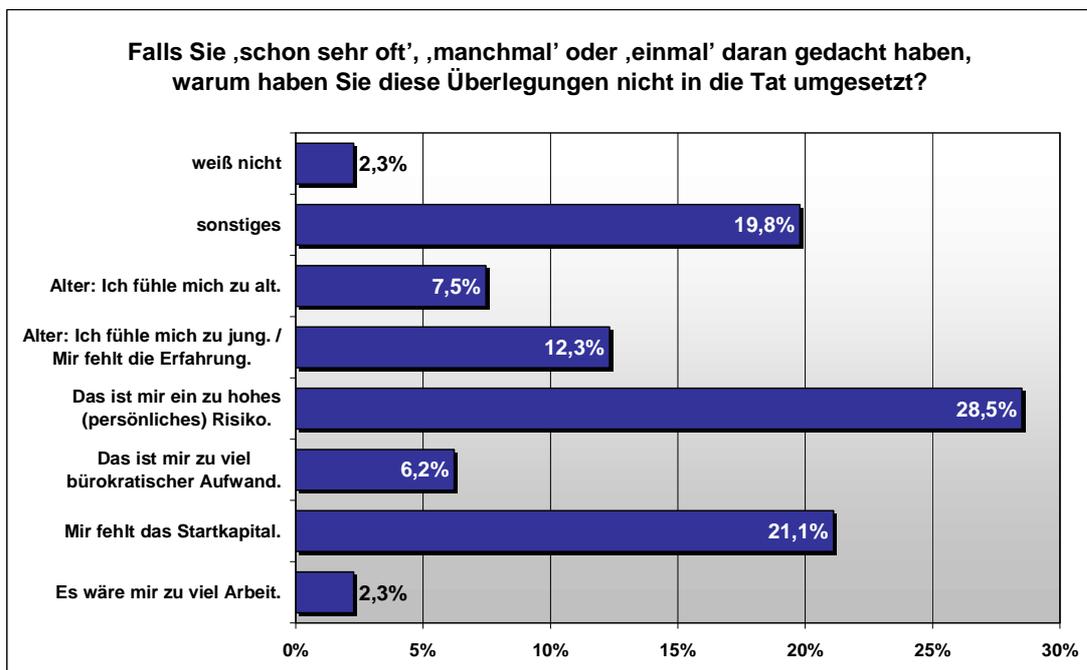


46% der Befragten haben hingegen noch nie über eine Existenzgründung nachgedacht. Damit bleibt der Unternehmergeist in Deutschland, wie Grafik 26 zeigt, auf konstant hohem Niveau.



Grafik 26: Zeitreihe Überlegungen zur Selbstständigkeit (Frage 7; außer Selbstständige und Rentner, normiert; 2008: N= 7.982)

Auf die Frage, warum die Überlegungen zur Selbstständigkeit nicht in die Tat umgesetzt wurden (Frage 8), antworteten die o.g. Personen mit ganz unterschiedlichen Gründen: „Ein zu hohes (persönliches) Risiko“ war für 28,5% der Befragten der Hauptgrund, weitere 21,1% nannten fehlendes Startkapital als Hinderungsgrund.



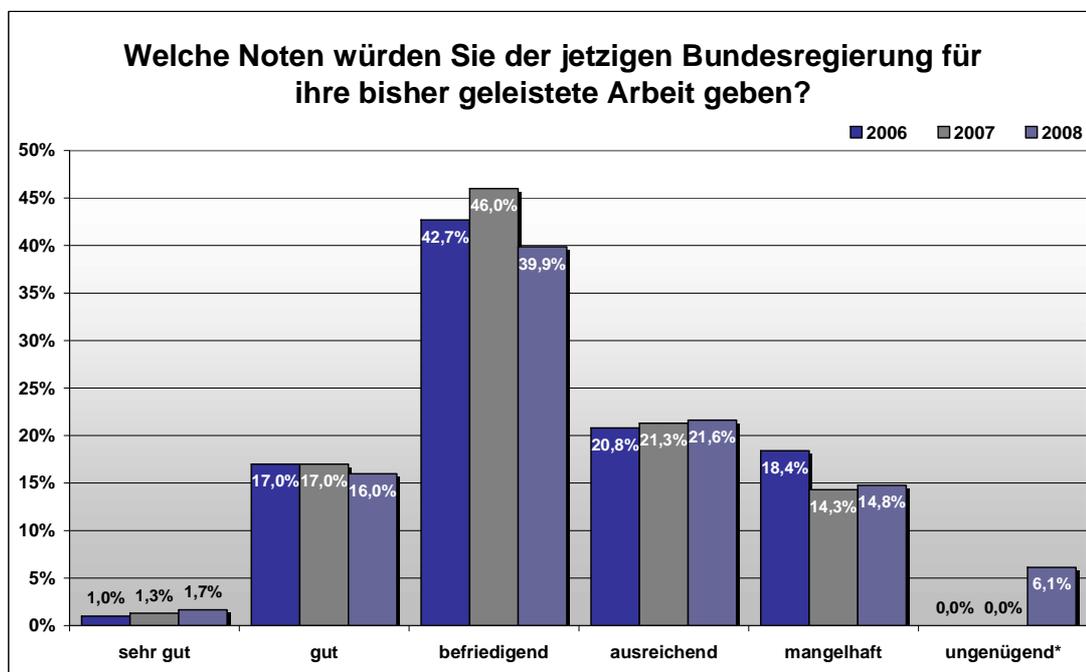
Grafik 27: Hinderungsgründe, sich nicht selbstständig zu machen. (Frage 8, N= 2.638)

6. Politik und Wirtschaft

6.1. Bundesregierung verliert an Zuspruch

Nach drei Jahren Großer Koalition sind die Bürger nur bedingt mit der Arbeit der jetzigen Bundesregierung zufrieden. Der überwiegende Teil der Befragten (38,9%) bewertet die bisher geleistete Arbeit der jetzigen Bundesregierung (Frage 17) auf einer Schulnotenskala mit „befriedigend“ (Note 3). Allerdings gibt es auch Kritiker: zwei Fünftel der Befragten beurteilen die Regierungsarbeit mit „ausreichend“ (4), „mangelhaft“ (5) oder „ungenügend“ (6).

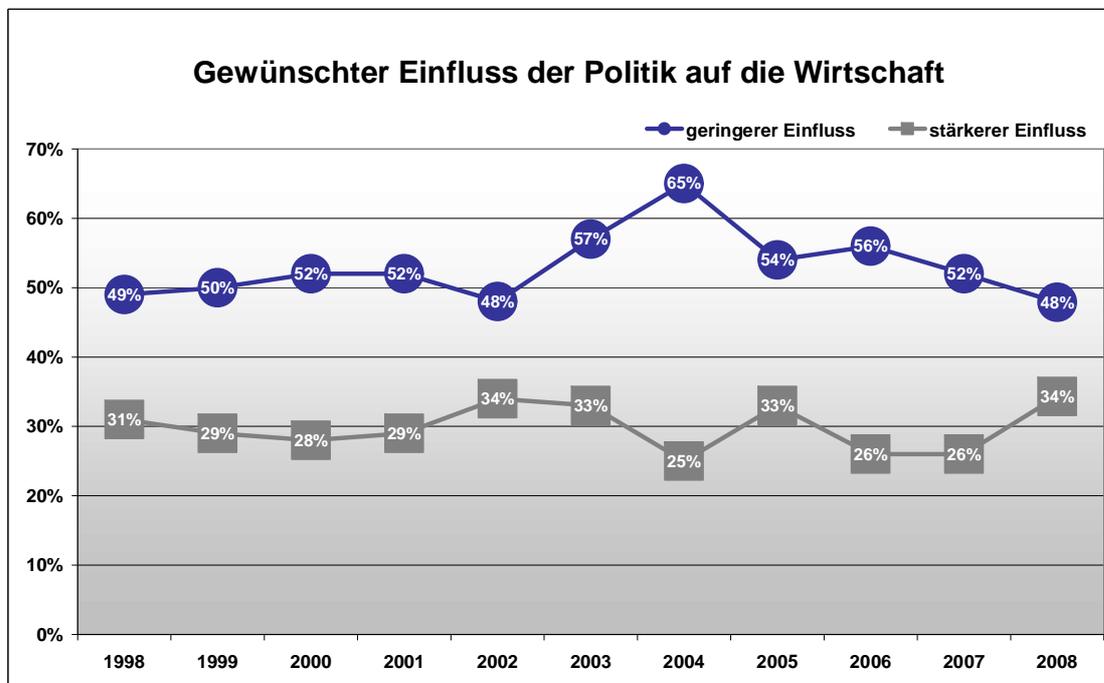
Grafik 28:
Zufriedenheit
mit der Arbeit
der jetzigen
Bundes-
regierung.
(Frage 17;
2008:
N= 10.353)



Im Vergleich zum Vorjahr hat damit der Anteil derjenigen, die die Regierung mit ausreichend und schlechter bewerten, leicht zugenommen, während die Regierung bei der mittleren Benotung befriedigend von 46% auf 38,9% abfällt.

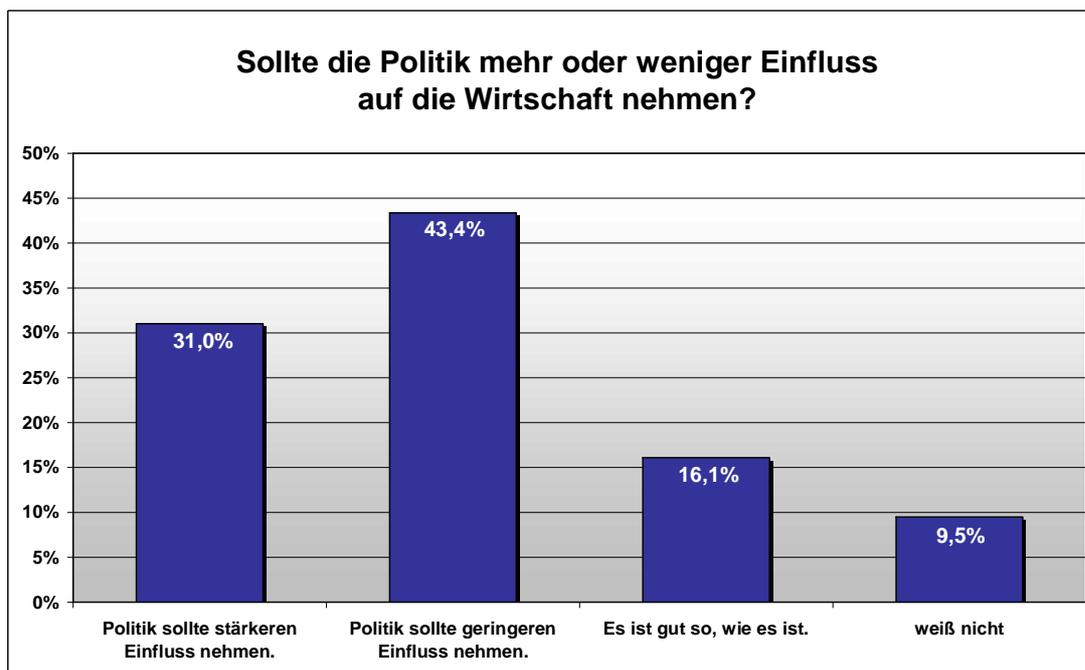
6.2. Größere Einflussnahme der Politik auf die Wirtschaft

Dass die Politik einen geringeren Einfluss auf die deutsche Wirtschaft nehmen solle (Frage 16), ist zwar die am weitesten verbreitete Meinung unter den befragten Bürgern, allerdings klingt diese Botschaft in diesem Jahr etwas leiser: Nur noch 48% der Bevölkerung sind der Ansicht, dass die jetzige Einflussnahme zu groß ist und wünschen sich weniger Einflussnahme. Im vergangenen Jahr lag ihr Anteil noch bei 52%.



Grafik 29: Politische Einflussnahme auf die Wirtschaft. (Frage 16, außer mit „Es ist gut so, wie es ist.“ oder mit „weiß nicht“ Antwortende; 2008: N= 9.290)

In Grafik 29 wurden nur die beiden Antwortoptionen „Die Politik sollte einen stärkeren Einfluss nehmen.“ und „Die Politik sollte einen geringeren Einfluss nehmen.“ berücksichtigt, um den Vergleich mit den Vorjahren sicherstellen zu können. Dadurch ergeben sich leicht veränderte (höhere) Werte im Vergleich zu der Betrachtung aller Antwortoptionen auf die Frage (siehe Grafik 30).



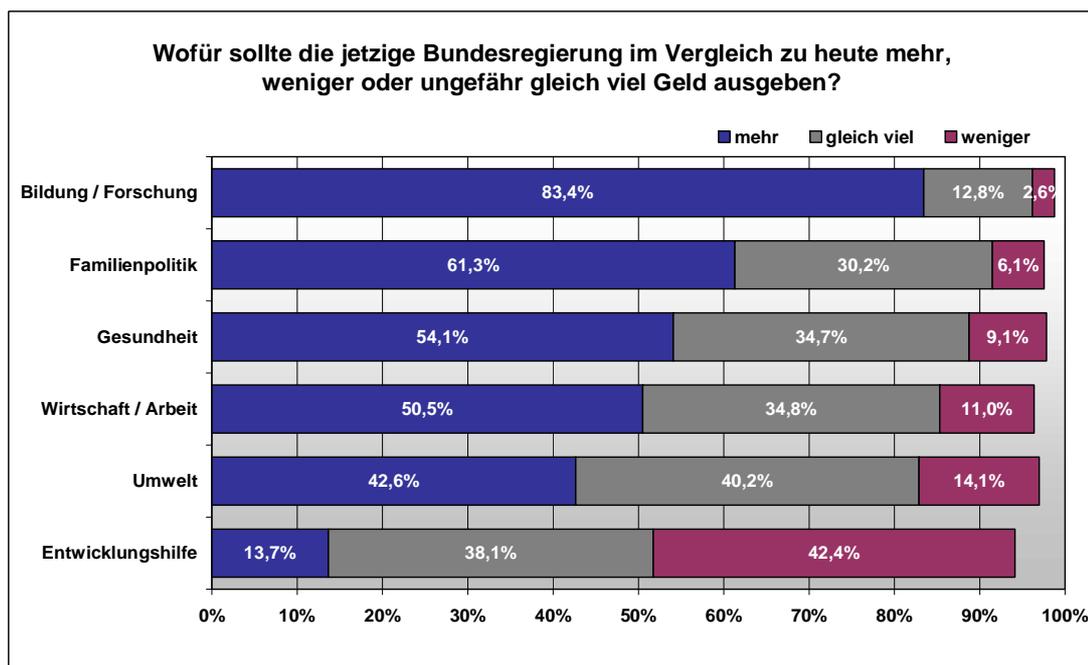
Grafik 30: Zeitreihe Politische Einflussnahme auf die Wirtschaft (Frage 16; 2008: N= 10.265)

Somit wird deutlich, dass immerhin 16,1% der Bürger meinen, der Grad an politischer Einflussnahme sei gut so, wie er ist, und solle sich nicht ändern.

6.3. Zukünftige Schwerpunkte der Regierungsarbeit

Als Empfehlung für die kommende Arbeit der Bundesregierung rät die Bevölkerung, mehr Geld für die Bildung und Forschung (83,4%) und für Familienpolitik (61,3%) auszugeben (Frage 18).

Grafik 31:
Ausgaben
der Regierung
(Frage 18;
N= 9.877
bis 10.280)

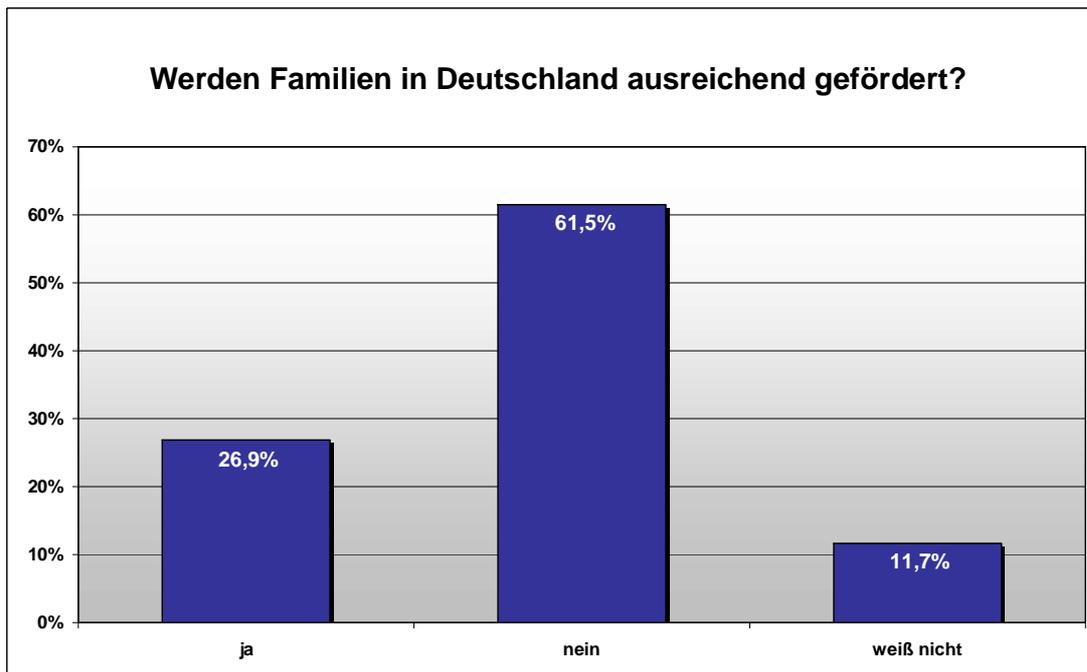


In den vergangenen Jahren ließ sich grundsätzlich der Trend beobachten, dass die Bundesregierung für alle Bereiche mehr Geld ausgeben sollte.

Weniger Haushaltsmittel könnten dagegen in den Bereich der Entwicklungshilfe (42,4%) fließen. Dieses Ergebnis konnte auch schon in den vergangenen Jahren beobachtet werden und sollte nicht überbewertet werden. Die Entwicklungshilfe sticht etwas aus der Liste der abgefragten Politikfelder heraus, da sie einerseits nicht zu den tagespolitischen Themen gehört und die meisten Befragten andererseits keinen direkten Bezug zu dem Thema haben.

6.4. Familien stärker fördern

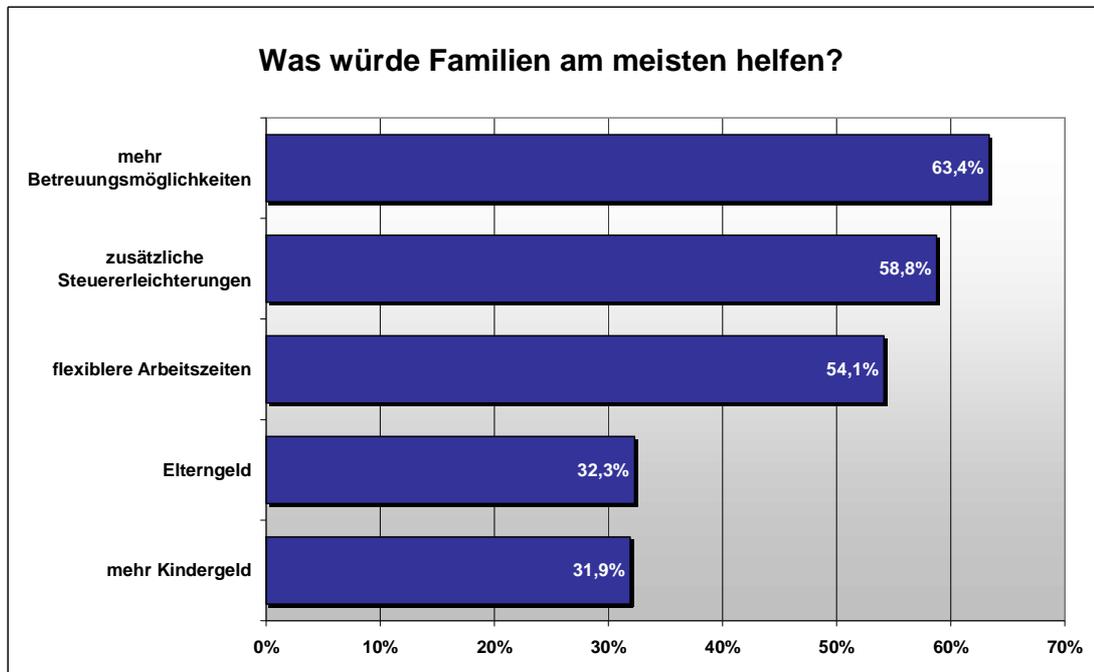
Nur ein Viertel der befragten Bürger meint, dass Familien in Deutschland ausreichend gefördert werden (Frage 19). Der überwiegende Teil von 61,5% ist allerdings der Meinung, dass hier noch Handlungsbedarf besteht. Damit setzen die Teilnehmer an der Bevölkerungsbefragung der Wirtschaftsjuvenen ein deutliches Signal für die Politik, in diesem Bereich weiterhin Maßnahmen zu ergreifen. Wie Abschnitt 6.3. bereits zeigte, sollten die Ausgaben für Familienpolitik in Deutschland nach Meinung der Bevölkerung auch gesteigert werden.



Grafik 32:
Familien-
förderung in
Deutschland
(Frage 18;
N= 10.481)

Die Befragten, die Familien in Deutschland noch nicht ausreichend gefördert sehen, und diejenigen, die sich hierzu noch nicht endgültig festgelegt haben, machen Vorschläge für geeignete Fördermaßnahmen (Frage 20, Mehrfachnennungen). Zu den wichtigsten Angeboten, die Familien in Deutschland helfen würden, gehören für die Bürger mehr Betreuungsmöglichkeiten (63,4%), zusätzliche Steuererleichterungen (58,8%) und flexiblere Arbeitszeiten (54,1%).

Grafik 33:
Maßnahmen
der Familien-
förderung
(Frage 20;
Mehrfach-
nennungen,
N= 7.939)



Das erst im vergangenen Jahr eingeführte Elterngeld rangiert dagegen mit 32,3% nur auf dem vierten Platz der wichtigsten Strukturelemente. Damit liegt es auf gleicher Höhe mit dem Kindergeld (31,9%). Leider gibt es zu dieser Antwortoption noch keine Vergleichswerte aus den Vorjahren. Deshalb bleibt abzuwarten, wie die Entwicklung in den kommenden Jahren aussehen wird. Interessant ist jedoch, dass die Befragten zusätzliche Steuererleichterungen begrüßen, direkte staatliche Unterstützung, wie das Kinder- und Elterngeld, aber weniger stark fordern.

Hinsichtlich des geschlechterspezifischen Antwortverhaltens ist festzustellen, dass Frauen alle Maßnahmen höher bewerten als Männer. Dies ist wegen der nicht begrenzten Mehrfachnennungen möglich. Jedoch gibt es nur bei der Antwort „flexiblere Arbeitszeiten“ deutliche Unterschiede: Von den 54,1% der Befragten, die diese Option nannten, waren 57,7% Frauen, aber nur 42,3% Männer.

Somit dominieren unter den Antworten auf diese Frage deutlich die Versorgungsmöglichkeiten der Kinder. Staatliche Maßnahmen und Initiativen der Unternehmen bzw. Arbeitgeber sind gleichermaßen erforderlich, um Deutschland zu einem familienfreundlicheren Land werden zu lassen.

WJ-Kreis: Kreis (Kreisnummer)

01 Welche Entwicklung der deutschen Wirtschaft erwarten Sie in den nächsten 12 Monaten?

- Konjunkturaufschwung
- Konjunkturrückgang
- keine Veränderung
- weiß nicht

02 Wie, denken Sie, wird Ihre finanzielle Situation in 12 Monaten im Vergleich zu heute aussehen?

- besser
- schlechter
- gleich
- weiß nicht

03 Werden Sie voraussichtlich in den nächsten 12 Monaten für folgende Bereiche im Vergleich zu 2007 mehr Geld, weniger Geld oder ungefähr gleich viel Geld ausgeben?

	mehr	weniger	gleich viel	weiß nicht
Urlaub, Freizeit, Hobbies	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wohnung / Haus	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Konsum (z.B. Bekleidung, Elektronik, Auto)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gesundheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Weiterbildung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sparen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Altersvorsorge	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

04 Welchen Beruf üben Sie aus?

- Arbeiter/in
- Angestellte/r
- Beamte/r
- Selbständige/r (→ 09)
- Rentner/in (→ 10)
- in Ausbildung
- Hausmann/-frau (→ 06)
- z. Zt. arbeitslos (→ 06)
- Student/in (→ 06)
- Schüler/in (→ 06)
- sonstiges

05 Schätzen Sie Ihren Arbeitsplatz / Ausbildungsplatz als sicher ein?

- ja
- nein
- weiß nicht

Weiter mit Frage 06 in der rechten Spalte!

06 Welche der folgenden Zugeständnisse würden Sie machen, wenn Sie dafür eine Arbeitsstelle annehmen könnten bzw. Ihren Arbeitsplatz behalten könnten?

(Mehrfachnennungen möglich)

- Lohneinbußen
- längere Arbeitszeiten
- unregelmäßige Arbeitszeiten
- längerer Arbeitsweg
- Umzug
- überhaupt keine
- weiß nicht

07 Haben Sie schon einmal ernsthaft daran gedacht, sich selbstständig zu machen?

- schon sehr oft (→ 08)
- manchmal (→ 08)
- einmal (→ 08)
- noch nie (→ 10)
- bin bereits Unternehmer (→ 09)

08 Falls Sie ‚schon sehr oft‘, ‚manchmal‘ oder ‚einmal‘ daran gedacht haben, warum haben Sie diese Überlegungen nicht in die Tat umgesetzt?

- Es wäre mir zu viel Arbeit.
- Mir fehlt das Startkapital.
- Das ist mir zu viel bürokratischer Aufwand.
- Das ist mir ein zu hohes (persönliches) Risiko.
- Alter: Ich fühle mich zu jung. / Mir fehlt die Erfahrung.
- Alter: Ich fühle mich zu alt.
- sonstiges
- weiß nicht

09 Haben Sie schon einmal ernsthaft daran gedacht, Ihre Selbständigkeit aufzugeben?

- schon sehr oft
- manchmal
- einmal
- noch nie

10 Welche Maßnahmen halten Sie für geeignet, um die Arbeitslosigkeit in Deutschland effektiv zu senken?

(Mehrfachnennungen möglich)

- Senkung der Lohnzusatzkosten
- Schaffung eines Niedriglohnsektors
- Lockerung des Kündigungsschutzes
- Senkung des Arbeitslosengeldes
- Verbesserung der Bildung
- Verpflichtung Arbeitsloser zur Gegenleistung
- keines davon

11 Gehört Deutschland eher zu den Gewinnern oder eher zu den Verlierern der Globalisierung?

- eher zu den Gewinnern
- eher zu den Verlierern
- weiß nicht

Weiter mit Frage 12 auf der nächsten Seite!

12 Aus welchem Land werden in Zukunft die härtesten Wettbewerber Deutschlands kommen? (Mehrfachnennungen möglich!)

- USA
- Japan
- China
- sonstiges Asien
- Russland / GUS
- alte EU-Länder
- neue EU-Länder
- anderes Land / andere Region
- weiß nicht

13 Finden Sie, dass es sich in Deutschland lohnt, besonders viel zu leisten?

- ja
- nein
- weiß nicht

14 Wie schätzen Sie die Ausbildungsreife der deutschen Schulabgänger ein?

- sehr gut
- gut
- befriedigend
- ausreichend
- mangelhaft
- ungenügend
- weiß nicht

15 Wie schätzen Sie die Qualifikation der deutschen Arbeitnehmer im internationalen Vergleich ein?

- sehr gut
- gut
- befriedigend
- ausreichend
- mangelhaft
- ungenügend
- weiß nicht

16 Sollte die Politik mehr oder weniger Einfluss auf die Wirtschaft nehmen?

- Politik sollte stärkeren Einfluss nehmen.
- Politik sollte geringeren Einfluss nehmen.
- Es ist gut so, wie es ist.
- weiß nicht

17 Welche Note würden Sie der jetzigen Bundesregierung für ihre bisher geleistete Arbeit geben?

- sehr gut
- gut
- befriedigend
- ausreichend
- mangelhaft
- ungenügend
- weiß nicht

18 Wofür sollte die jetzige Bundesregierung im Vergleich zu heute mehr, weniger oder ungefähr gleich viel Geld ausgeben?

	mehr	weniger	gleich viel	weiß nicht
Familienpolitik	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bildung / Forschung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gesundheit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Entwicklungshilfe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wirtschaft / Arbeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Umwelt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19 Werden Familien in Deutschland ausreichend gefördert?

- ja (→ 21/K1)
- nein (→ 20)
- weiß nicht

Weiter mit Frage 20 in der rechten Spalte!

20 Was würde Familien am meisten helfen? (Mehrfachnennungen möglich!)

- mehr Betreuungsmöglichkeiten
- mehr Kindergeld
- zusätzliche Steuererleichterungen
- flexiblere Arbeitszeiten
- Zusätzliche Geldleistungen für Eltern, die ihre Kleinkinder zuhause betreuen (Elterngeld)
- sonstiges
- weiß nicht

Kreisfragen:

(Hier wurden zwischen einer und fünf Kreisfragen eingefügt, die von den WJ-Kreisen selbst erarbeitet wurden.)

Allgemeine Fragen:

24 Welches Geschlecht haben Sie?

- männlich
- weiblich

25 Wie alt sind Sie?

- 16 oder 17 Jahre
- 18 bis 29 Jahre
- 30 bis 39 Jahre
- 40 bis 49 Jahre
- 50 bis 64 Jahre
- über 64 Jahre

26 Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss besitzen Sie?

- noch Schüler/in
- Hauptschulabschluss, POS 8./9. Klasse
- Mittlere Reife, POS 10. Klasse
- Fachhochschulreife, Abschluss Fachoberschule
- Abitur, EOS 12. Klasse
- anderer
- kein Schulabschluss

**Vielen Dank für Ihre Teilnahme!
Auf Wiedersehen!**

Wer sind die Wirtschaftsjuvenen?

Die Wirtschaftsjuvenen sind mit rund 10.000 Mitgliedern aus allen Bereichen der Wirtschaft der größte Verband junger Unternehmer und Führungskräfte in Deutschland. Sie tragen die Verantwortung für rund 300.000 Arbeitsplätze, 35.000 Ausbildungsplätze und mehr als 120 Milliarden Euro Umsatz. Unsere Mitglieder sind zwischen 18 und 40 Jahre jung, denken unternehmerisch und engagieren sich in unserem Netzwerk ehrenamtlich für die gesellschaftliche Zukunft unseres Landes.



Alle violett eingefärbten Kreise haben an der Bevölkerungsbefragung 2008 teilgenommen.

Organisation der Wirtschaftsjuvenen

In der Region...

... verfügen wir mit rund 210 Mitgliedskreisen, deren Geschäftsführung in der Regel bei den örtlichen Industrie- und Handelskammern liegt, über ein enges Netzwerk. Unsere Kreise engagieren sich vor Ort in Projekten, vor allem in den Bereichen Bildung und Ausbildung, Existenzgründung und -sicherung sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Auf Bundesebene...

... vertreten wir die Interessen junger Unternehmer und Führungskräfte und steuern unsere bundesweiten Projekte. Die Bundesgeschäftsführung ist beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) in Berlin angesiedelt.

International...

... sind wir der deutsche Verband von Junior Chamber International, einem weltweiten Netzwerk mit rund 200.000 aktiven Mitgliedern.